

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Band: 36 (1989)
Heft: 9

Rubrik: Aktuell = Actualité = Attualità

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zivilschutz 95: Änderungen über Nacht?

Anpassungen im Zivilschutz und in andern Bereichen der Gesamtverteidigung im Zusammenhang mit den Massnahmen für die «Armee 95»

Wi. Kaum waren Ende Mai die Berichte über die Jahrespressekonferenz des Militärdepartementes in den Medien erschienen, äusserten sich landauf und landab auch schon Zivilschutzsachverständige über all die Anpassungen, die nun bei den Gelbhelmen bevorstünden – manche schon sehr konkret. Was weder Tschernobyl noch Schweizerhalle fertiggebracht hatten, Bundesrat Villiger schaffte es mit seiner Präsentation des Entwurfs einer künftigen Armeestruktur von einem Tag auf den andern: Auch im schweizerischen Zivilschutz soll sich nun offenbar – fast über Nacht – sehr vieles ändern. Sich auf diese Änderungen schon heute festzulegen, ist verfrüht. Während das Modell «Armee 95» eine jahrelange Entwicklungsgeschichte hinter sich hat, weiss man in Zivilschutzkreisen erst seit wenigen Wochen Genaueres über die Herabsetzung des Wehrpflichtalters auf 42 Jahre und andere Schwergewichte der Planung für die «Armee 95». Man muss sich überdies auch ganz klar sein darüber, dass die vertiefende Bearbeitung im EMD im Hinblick auf Vollzugsmassnahmen – Termine inbegriffen – erst jetzt beginnt.

Das Sagen haben die Kantone

Für den Zivilschutz kann nicht treffender formuliert werden, als Dr. Bruno Lezzi in der NZZ vom 27./28. Mai 1989 unter Überschrift «Unterwegs zu einem neuen Armeekonzept» abschliessend festhält: «Im Zuge der Studien ist es ohne weiteres möglich, dass auf die eine oder andere Massnahme, so populär sie sich auch ausnehmen mag, verzichtet werden muss. Es ist zu hoffen, dass Parlament und Kantone dem vorgelegten raschen Tempo folgen und die dringend nötige «Renovation» nicht übermässig behindern werden, dass aber auch die unerlässliche konzeptionelle Vertiefung nicht zu kurz kommt.» Auch beim Zivilschutz sind Rechtsgrundlagen anzupassen, und bekanntlich spielen die Kantone in diesem föderalistisch aufgebauten Bereich der Gesamtverteidigung eine bedeutend stärkere Rolle als bei der Armee.

Armee ist nicht Zivilschutz

Wenn es bei der Armee in den neunziger Jahren um eine «Gesundschumpfung», um einen Abbau massiver Über-

bestände geht und wenn in diesem Zusammenhang die Wehrdienstpflicht herabgesetzt wird, so sollte dies beim Zivilschutz grundsätzlich auch möglich sein. Aber: Im Gegensatz zur Armee liegen die Bestände beim Zivilschutz heute sicher nicht über dem Soll. Allerdings lässt sich das Bestandesproblem im Zivilschutz auch von einer andern Seite her angehen, mit der Frage nämlich: Sind alle heute vorgeschriebenen Dienste überhaupt noch notwendig und wenn ja, in dem vor etwa zehn Jahren festgelegten Umfang? Damit ist ein Aspekt angetönt, der gründlich zu überprüfen ist, bevor – voreilig – detaillierte Reduktionsmassnahmen bekanntgegeben werden.

Zivilschutz: statisch oder dynamisch?

Auch von folgendem Ansatz her wird für den Zivilschutz der neunziger Jahre die Frage zu beantworten sein: Ist er ein statisches Schutzsystem für den Kriegsfall oder eine dynamische Rettungs- und Hilfeleistungsorganisation für Katastrophensituationen? Oder bleibt er – dies ist die heute offizielle Auslegung – primär das erste, daneben aber auch, als «Element zweiter oder dritter Staffel», ein Mittel für den Ein-

satz zur Nothilfe bei ausserordentlichen Ereignissen in Friedenszeiten? Von den heutigen Sollbeständen zählen je knapp vierzig Prozent zum Bereich Schutz bzw. Rettung und Hilfeleistung, während gut zwanzig Prozent in «Führung» und «Logistik» eingeteilt sind.

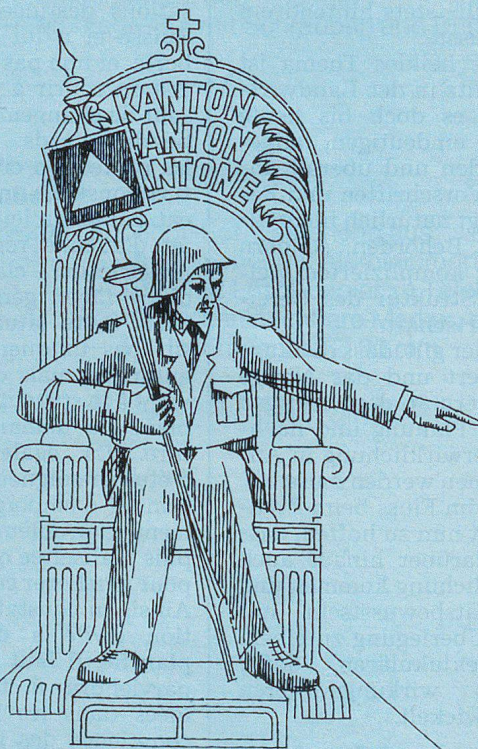
Reiner Kriegs-Zivilschutz ade!

Eine Beschränkung auf die dissuasive, mit der Bedrohung durch Kriegsfolgen verbundene Komponente scheint aus heutiger Sicht allerdings kaum mehr möglich, denn sie widerspricht der Bedrohungs-Wahrnehmung oder -Einschränkung durch die Bevölkerung. Wie sollten die Schutzdienstpflichtigen in den neunziger Jahren in der Ausbildung motiviert werden, wenn sie A- und C-Schutzmassnahmen für einen ihnen sehr unwahrscheinlich scheinenden Verteidigungsfall trainieren, aber keine Spontanhilfemassnahmen für Notlagen im Frieden üben?

Spitzenposition CH – das verpflichtet!

Noch einmal sei Dr. Lezzi zitiert: «Auch mit der Bemerkung, es seien lediglich Akzentverschiebungen zu erwarten, wird man sich auf die Dauer kaum um die geistige Arbeit einer Neuformulierung der Konzeption der militärischen Landesverteidigung drücken können.» Nur der militärischen? Nun, für den auf den Kriegsfall ausgerichteten «Vorsorge»-Zivilschutz sieht kein Experte eine bessere Konzeption als die in der Schweiz heute geltende. Hier sind wir – auch nach internationalem

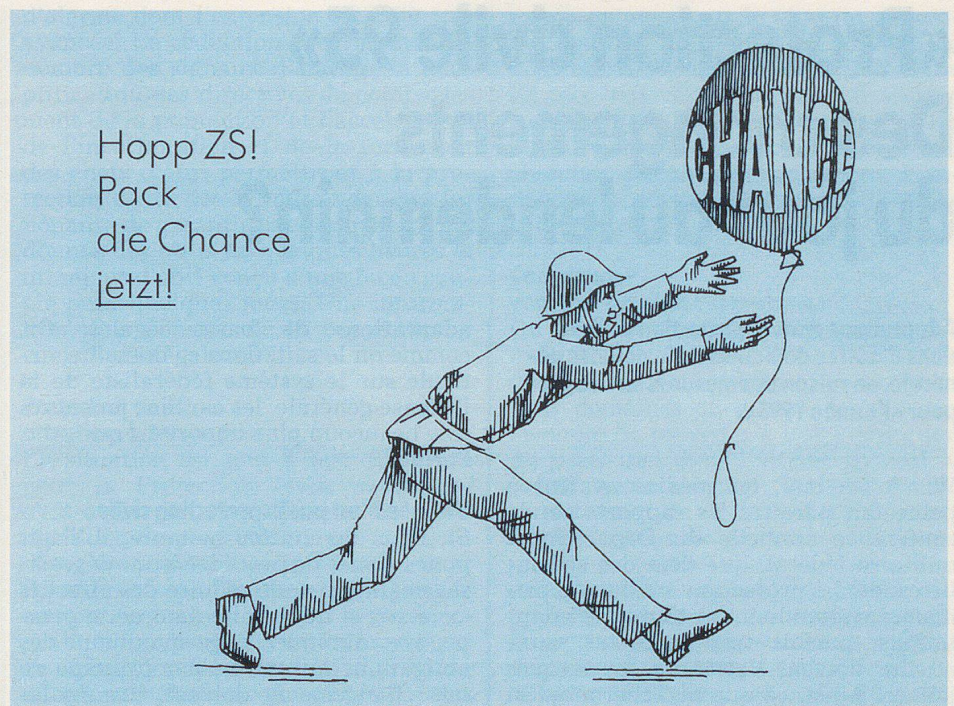
Nicht zuletzt
haben
die Kantone
das Sagen



Urteil – Spitze, hier beneiden uns die ausländischen Fachleute. Hier dürfen wir also auf keinen Fall eine Kehrtwendung vollziehen. Schliesslich stehen wir hier auch kurz vor dem Ziel. Es gilt, in den neunziger Jahren die noch fehlenden Schutzräume zu erstellen, die eingeleitete Ausrüstung der Schutzräume voranzutreiben und den weit fortgeschrittenen Ausbau des Alarmierungsnetzes zu vollenden. Mit der beabsichtigten Reduktion der Alarmierungszeichen, vereinfachten Verhaltensmassnahmen für die Bevölkerung und einer Intensivierung von Einteilung und Ausbildung der Schutzraumchefs wird der Zivilschutz Mitte der neunziger Jahre einen geordneten Schutzraumbezug innert Stunden und einen flexibel gestaltbaren Schutzraumaufenthalt für einige Tage sicherstellen können. Eine intensivere Information der Bevölkerung wird dazu beitragen.

Zivilschutz: Achtung, die Zeit läuft!...

Ganz anders ist die Lage beim «Nachhinein»-Zivilschutz, das heisst bei jenen Elementen der Zivilschutzorganisationen, die für Rettung und Hilfeleistung vorgesehen sind und demzufolge auch zur Nothilfe in Friedenszeiten in Frage kommen. Für die «Katastrophenhilfe» besteht kein eidgenössisches Konzept, denn sie ist – abgesehen von wenigen Ausnahmen – Sache der Gemeinden und Kantone. Während sie von unten her aufgebaut ist, werden die Mittel der Gesamtverteidigung – allen voran die Armee und der Zivilschutz – von oben her konzipiert. Wenn die Armee nun im Rahmen ihrer vorgesehenen Strukturänderungen von neuen Katastrophenhilfeformationen und von wesentlichen Anpassungen im territorialdienstlichen Bereich spricht, so wird deutlich, dass von diesen Massnahmen nicht nur der Zivilschutz als Partner im Rahmen der Gesamtverteidigung betroffen ist, sondern auch die sogenannten koordinierten Dienste und die «Katastrophenhilfe». Im Klartext heisst dies: Über alle Bereiche, in



(Zeichnungen: Scarton)

Hopp ZS!
Pack
die Chance
jetzt!

denen die Armee und verschiedene zivile Instanzen eng zusammenarbeiten, sollte jetzt die Grundsatzdiskussion geführt werden – und nicht erst dann, wenn die Armee für sich entschieden hat. Sonst bleibt die Situation im personellen Bereich insgesamt unverändert: Die Armee nimmt, was sie braucht, der Zivilschutz ist für die Verjüngung in den eigenen Reihen dankbar und die übrigen zivilen Partner halten weiterhin – zum Teil vergeblich – nach Führungs- und Fachleuten Ausschau.

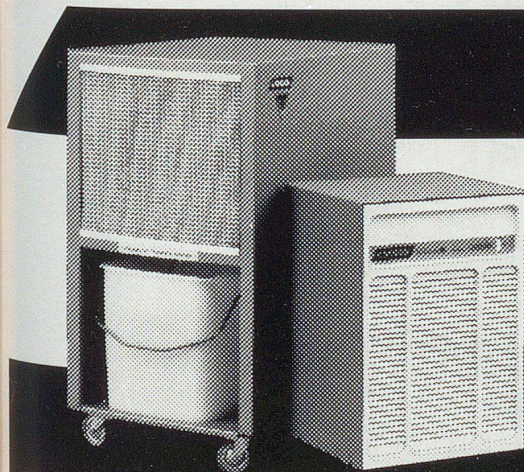
Koordinieren heisst vereinfachen und verstärken

Es seien nur drei Bereiche erwähnt, in denen echt koordiniert werden könnte, wo also zum Beispiel die Personalzuteilung im Sinne des Gesamtinteresses vorzunehmen wäre: Die Rettungs- und Hilfeleistungsdienste (Armee: Luftschutzverbände, Zivilschutz: Pionier-

und Brandschutzformationen, Gemeinden: Wehrdienste inkl. Stützpunktfeuerwehren), die «koordinierten» – heute nebeneinander bestehenden – Sanitätsdienste (Armee-Sanitätsdienst, Zivilschutz-Sanitätsdienst, öffentliches Gesundheitswesen) und der AC-Schutzdienst (Armee, Zivilschutz, weitere zivile Instanzen).

Die Chance ist zu nützen!

Für den Zivilschutz ist die «Armee 95» eine Chance. Es wäre unverzeihlich, wenn sie nur in Einzelaspekten genutzt würde. Vereinfachungen beim Übertritt von der Armee zum Zivilschutz sind zwar erstrebenswert und wohl auch einfach erreichbar. Viel bedeutender aber ist die Gesamtbeurteilung im Hinblick auf einen «Zivilschutz 95» im Rahmen einer «Gesamtverteidigung 95» – unter Einbezug dessen, was üblicherweise mit «Katastrophenhilfe in Friedenszeiten» bezeichnet wird. ▀



Zur Verhinderung von teuren Feuchteschäden:

Luftentfeuchter

das bewährte Geräteprogramm für den universellen Einsatz in Kellern, Lagern, Wohnräumen, Zivilschutzanlagen usw. Vollautomatischer Betrieb, sparsamer Stromverbrauch.

Verlangen Sie detaillierte Unterlagen bei:

Krüger + Co.
9113 Degersheim, Tel. 071 54 15 44
Niederlassungen: Dielsdorf ZH,
Hofstetten SO, Münsingen BE,
Gordola TI, Lausanne,
Küssnacht am Rigi, Samedan

KRÜGER

«Protection civile 95»

Des changements du jour au lendemain?

Adaptations dans la protection civile et dans d'autres domaines de la défense générale, en raison des mesures envisagées pour «l'armée 1995».

Wi. A fin mai, les médias avaient à peine fait paraître les rapports sur la conférence annuelle du Département militaire fédéral, que déjà des spécialistes de la protection civile s'exprimaient en tout lieu, sur toutes les adaptations, parfois très concrètes, auxquelles doivent s'attendre les casques jaunes. Ainsi, ce que ni Tchernobyl ni Schweizerhalle n'avaient pu réaliser, le Conseiller fédéral Villiger a pu le faire d'un jour à l'autre, en présentant son projet portant sur la structure future de l'armée. Apparemment, beaucoup de choses ont changé très rapidement dans la protection civile aussi.

Mais il est prématuré de se prononcer aujourd'hui déjà sur ces changements. Alors que le modèle «Armée 95» est le fruit d'une évolution et d'une maturation étendue sur une année, ce n'est que depuis peu de semaines que les milieux de la protection civile ont des connaissances plus précises sur la diminution à 42 ans de l'âge limite des obligations militaires et sur d'autres points forts de la planification «Armée 95». Il convient de surcroît de se rendre compte clairement du fait que les travaux approfondis menés par le DMF en vue des mesures d'exécution du modèle, délais compris, ne commencent que maintenant.

Le dernier mot appartient aux cantons

S'agissant de la protection civile, nul n'a mieux formulé le problème que Bruno Lezzi, dans un article paru dans la Nouvelle Gazette de Zurich des 27 et 28 mai 1989, sous le titre (traduction) «Vers une nouvelle conception de l'armée». L'auteur y constate en conclusion: «A divers stades des études en cours, il est tout à fait possible que l'on soit contraint de renoncer à l'une ou l'autre des mesures prévues, si populaires qu'elles puissent paraître. Il faut espérer que le Parlement et les cantons suivront le rythme rapide qui est proposé et qu'ils n'entraveront pas outre mesure la réalisation des «rénovations» nécessaires et urgentes mais que d'une autre côté l'approfondissement indispensable des travaux de conception non plus ne sera pas abrégé». La protection civile également exigera des

adaptations de bases légales. Or, comme on le sait, dans ce domaine, articulé sur le système fédéraliste de la Défense générale, les cantons jouent un rôle beaucoup plus important que pour l'armée.

L'armée n'est pas la protection civile

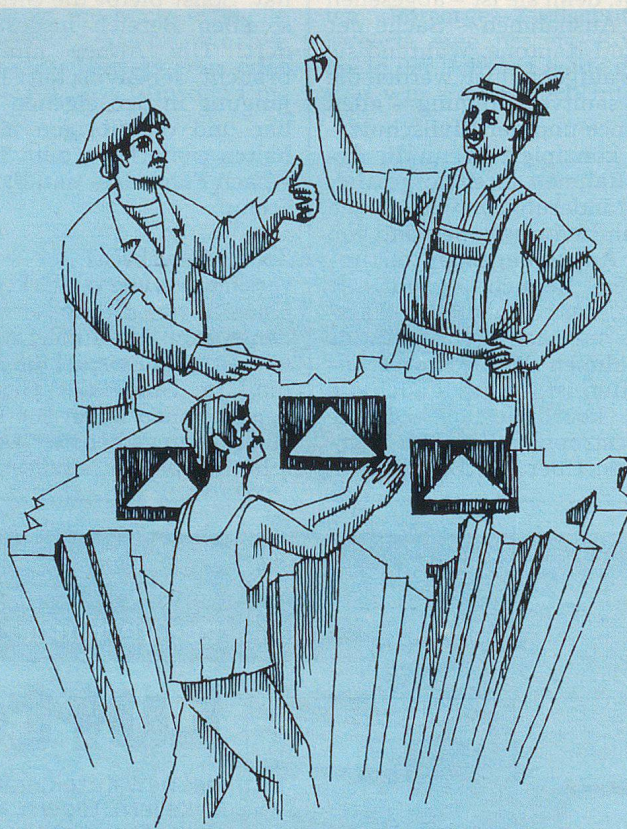
Si, dans les années nonante, il s'agit pour l'armée de procéder à un «dégraissage salutaire», de réduire des effectifs excessifs et qu'il faille dans cette perspective, diminuer l'âge maximum des obligations militaires, par principe de tels changements doivent être également possibles dans la protection civile. Toutefois, contrairement à l'armée, il est indubitable que les effectifs de la protection civile ne sont aujourd'hui pas supérieurs à ce qu'ils devraient être. Pourtant il importe d'exa-

miner la question sous un autre angle, celui des effectifs dans la protection civile. Il s'agit en effet d'aborder la question suivante: les services prescrits sont-ils aujourd'hui encore tous vraiment nécessaires et dans l'affirmative, doivent-ils être aussi amples qu'ils ont été fixés il y a dix ans? On touche de la sorte à un aspect qu'il convient d'analyser à fond, avant de faire connaître inconsidérément des mesures de réduction d'effectif détaillées.

Une protection civile statique ou dynamique?

L'évaluation de la protection civile des années nonante exige également que l'on réponde aux questions suivantes: doit-elle être conçue comme un système statique, utilisé en cas de guerre ou comme une organisation dynamique d'aide et de sauvetage en cas de catastrophe? Ou encore doit-elle rester – comme le veut aujourd'hui l'interprétation officielle – avant tout en tant qu'élément premier mais également «comme élément de deuxième ou de troisième échelon», un moyen qui doit être engagé pour les secours urgents en cas d'événements extraordinaires en temps de paix? Les effectifs réglementaires actuels se répartissent comme il suit: près de 40 pour cent pour chacun

(Illustrations: Scarton)



À l'étranger les autorités admirent
ce que la Suisse fait
en matière de protection civile.

des secteurs de la protection d'une part, du sauvetage et des secours d'autre part et un peu plus de 20 pour cent pour la «conduite» et la «logistique».

La protection civile limitée au cas de conflit n'est plus imaginable

En l'état actuel, il ne semble plus guère concevable de confiner la protection civile dans un rôle de dissuasion, face aux menaces militaires. En effet, une telle attitude est incompatible avec la menace telle que la perçoit et la ressent la population. Dès lors en matière de formation, comment conviendrait-il de motiver les personnes astreintes à servir dans les années nonante, si elles doivent s'entraîner à prendre des mesures de protection A et C pour un type de défense qui leur paraît hautement invraisemblable et si par contre elles ne sont appelées à exercer aucune mesure de secours spontanée pour les cas urgents du temps de paix?

La Suisse condamnée à occuper une position d'avant-garde!

Citons une nouvelle fois encore Bruno Lezzi (traduction): «ce n'est guère en relevant que l'on doit s'attendre uniquement à des changements de points forts, que l'on pourra, à long terme, stimuler le travail intellectuel exigé par une nouvelle formulation de la conception de notre défense militaire». Pourquoi seulement militaire? Parce qu'aucun expert ne voit de meilleure conception que celle appliquée par la Suisse aujourd'hui s'agissant de la protection civile «préventive» organisée pour le temps de guerre. Dans ce domaine en effet – et l'on nous juge ainsi sur le plan international également – nous occupons une position d'avant-garde. Les spécialistes étrangers nous considèrent avec une pointe d'envie. Nous devons donc éviter à tout prix de régresser. Enfin, nous sommes aujourd'hui proches du but. Dans les années nonante, il s'agira de construire les abris qui nous manquent encore, de promouvoir l'équipement des abris, ce qui a déjà commencé et de compléter les réseaux

d'alarme dont l'extension est déjà très avancée. La réduction programmée du nombre des signaux d'alarme, la simplification des directives de comportement de la population et l'accélération de l'incorporation et de la formation des chefs d'abri permettront à la protection civile dès le milieu des années nonante de garantir une occupation ordonnée des abris en quelques heures et un séjour d'abri conçu d'une façon souple pour quelques jours. Une information plus poussée de la population y contribuera également.

Protection civile, attention, le temps passe!...

La situation est tout à fait différente pour la Protection civile «curative» c'est-à-dire pour les éléments des organisations de protection civile qui sont destinés au sauvetage et à l'aide et par conséquent qui entrent en ligne de compte également pour les secours urgents en temps de paix. Il n'existe pas de conception fédérale de «l'aide en cas de catastrophe» car à quelques rares exceptions près, il s'agit d'attributions des communes et des cantons. Alors que ce domaine est élaboré à partir des collectivités inférieures, les moyens mis en œuvre dans la défense générale – et avant tout l'armée et la protection civile – sont conçues à partir du sommet. Dans ces conditions, si l'armée fait état, dans le cadre de changements de ses structures, de nouvelles formations d'aide en cas de catastrophe et d'adaptations importantes dans le domaine de ses services territoriaux, il est évident que ces mesures toucheront non seulement la protection civile, en tant que partenaire dans la défense générale, mais encore les services dits coordonnés et «l'Aide en cas de catastrophe». En clair cela signifie qu'il faut avoir maintenant une discussion fondamentale sur tous les secteurs dans lesquels l'armée et divers organes civils collaborent étroitement et qu'il ne faut pas attendre pour cela que l'armée ait arrêté ses décisions pour elle-même. Sinon la situation restera globalement la

même qu'avant sur le plan du personnel, à savoir: l'armée prend pour elle ce dont elle a besoin, la protection civile lui est redevable du rajeunissement survenu dans ses propres rangs et les autres partenaires civils continuent à chercher, parfois désespérément, à engager des cadres pour la conduite et des spécialistes.

Coordonner veut dire simplifier et renforcer

On peut se limiter à citer trois domaines dans lesquels il serait possible d'instituer une véritable coordination, trois domaines où il conviendrait par exemple de procéder à une attribution du personnel dans l'intérêt général, à savoir: premièrement les services de sauvetage et de secours (pour l'armée, les formations de protection aérienne; pour la protection civile, les formations des pionniers et lutte contre le feu; pour les communes, les services de défense, y compris les centres de renforts des services du feu), deuxièmement les services sanitaires «coordonnés» – ils sont actuellement disposés les uns à côté des autres – (service sanitaire de l'armée, service sanitaire de la protection civile et santé publique) et troisièmement le service de protection AC (Armée, protection civile et autres organes civils).

Il faut saisir cette chance

«Armée 95» constitue une chance à saisir pour la protection civile. Il serait impardonnable que cette dernière se limite à n'en utiliser que certains éléments. Il vaut la peine de chercher à simplifier le processus de transfert des hommes de l'armée dans la protection civile, ce d'autant que la chose est facilement réalisable. Mais il est beaucoup plus important encore de faire une appréciation globale dans la perspective d'une «Protection civile 95» intégrée à une «Défense générale 95» en y intégrant ce que l'on désigne habituellement sous les termes de «secours en cas de catastrophe en temps de paix». ▲

Pour prévenir des dégâts d'eau onéreux:

Déshumidificateurs

Gamme étendue d'appareils efficaces, d'un emploi très varié – caves, entrepôts, habitations, installations de protection civile, etc. Exploitation entièrement automatique, consommation d'énergie minime. Demandez-nous la documentation détaillée.

Krüger + Co.
1010 Lausanne, Tél. 021 32 92 90
Succursales: Münsingen BE,
Hofstetten SO, Degersheim SG,
Dielsdorf ZH, Gordola TI
Küssnacht am Rigi, Samedan

KRÜGER

Protezione civile 95: cambiamenti da un momento all'altro?

Adeguamenti nella protezione civile e in altri settori della difesa integrale in relazione con le misure per l'«Esercito 95»

Wi. I giornali avevano appena pubblicato gli articoli sull'annuale conferenza stampa di fine maggio del Dipartimento militare federale che esperti della protezione civile si erano espressi in tutto il paese sugli adeguamenti – alcuni già molto concreti – che dovranno essere attuati dai caschi gialli. Quello che non erano riusciti a fare Cernobyl e Schweizerhalle, il Consigliere federale Kaspar Villiger è riuscito ad ottenere da un giorno all'altro con la presentazione del progetto sulla futura struttura dell'esercito. Anche nella protezione civile svizzera dovranno cambiare probabilmente – quasi di colpo – molte cose.

E' troppo presto per emettere un giudizio definitivo su queste modifiche. Mentre il modello «esercito 95» ha alle spalle anni di studi, negli ambienti della protezione civile si hanno da poche settimane dettagli sulla riduzione a 42 anni l'età del servizio militare obbligatorio e di altri elementi importanti del piano per l'«Esercito 95». Dev'essere

chiaro che nel Dipartimento militare federale il lavoro approfondito in vista delle misure – termini compresi – inizia soltanto adesso.

Spetta ai Cantoni esprimersi

Per la protezione civile non può essere detto niente di più preciso di quanto rilevato dal dott. Bruno Lezzi nella NZZ del 27/28 maggio del 1989 nelle conclusioni dell'articolo intitolato «In marcia verso un nuovo concetto per l'esercito»: «Nel quadro degli studi è certamente possibile che si debba rinunciare a questa o quella misura, per quanto popolare possa essere. C'è da sperare che Parlamento e cantoni agiscano con la tempestività prevista e non ostacolino l'urgente necessario «rinnovamento». Ma anche che non sia fatto troppo in fretta il necessario approfondimento concettuale». Anche per la protezione civile bisognerà adeguare le basi legali e, come è noto, i Cantoni svolgono in questo settore federalistico della difesa integrale un compito più rivelante che nell'esercito.

L'esercito non è la protezione civile

Se per l'esercito degli anni 90 si tratta di mettere in atto una «cura dimagran-

te a scopo di risanamento», una forte riduzione delle eccedenze di effettivi e se in questo contesto viene abbassata l'età del servizio obbligatorio, ciò dovrebbe per principio essere possibile anche nella protezione civile. Ma, a differenza dell'esercito, gli effettivi della protezione civile non sono certo superiori a quelli prescritti. Comunque il problema degli effettivi nella protezione civile può essere visto anche in un'altra ottica. Ci si può chiedere se tutti i servizi previsti attualmente siano ancora necessari. E in caso di risposta affermativa, se lo sono nella proporzione fissata circa 10 anni fa. In questo modo l'accento è posto su un aspetto che deve essere esaminato a fondo prima di rendere note – precipitosamente – dettagliate misure di riduzione.

Protezione civile: statica o dinamica?

La protezione civile degli anni 90 dovrà rispondere anche a un'altra domanda: Si tratta di un sistema di protezione statico per il caso di guerra o di una dinamica organizzazione di salvataggio e aiuto in caso di catastrofe? O rimane – è l'attuale interpretazione ufficiale – destinato innanzitutto alla prima funzione e secondariamente, come «elemento di secondo o terzo grado», può essere utilizzato in caso di necessità per avvenimenti eccezionali in tempo di pace? Degli attuali effettivi quasi il 40 % sono assegnati ai settori protezione, salvataggio e soccorso, mentre un buon 20 % è assegnato alla «condotta» e alla «logistica».

Addio protezione civile solo per i casi di guerra!

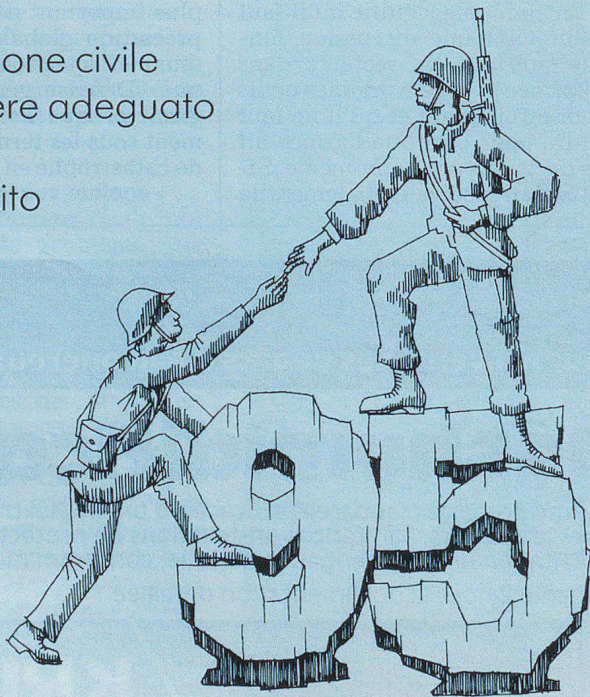
Oggi come oggi non sembra più possibile limitarsi alla componente dissuasiva, legata alla minaccia dovuta alle conseguenze della guerra, perchè ciò è in contraddizione con la percezione e la valutazione da parte della popolazione. Come possono essere motivate durante la formazione le persone obbligate a servire nella protezione civile negli anni 90, se sono addestrate per casi di difesa AC che ritengono molto improbabili mentre non si esercitano per affrontare casi di emergenza in periodo di pace?

La Svizzera in testa – E' una posizione che impegna

Ancora una volta citiamo il dott. Lezzi: «Anche ammettendo che ci si debba attendere solo uno spostamento delle priorità, col tempo non sarà possibile eludere la riformulazione della concezione della difesa militare». Solo di quella militare? I periti sono consapevoli che non esiste un sistema di protezione civile (migliore di quello attualmente vigente in Svizzera) «preventiva» per i casi di guerra. Il questo campo – anche su scala internazionale – siamo i migliori e gli esperti stranieri ci invidiano. In nessun caso dobbiamo cambiare direzione. Dopo tutto in questo

(Illustrazione: Scarton)

La protezione civile
deve essere adeguato
allo stato
dell'esercito



settore stiamo per raggiungere la meta. Negli anni 90 bisognerà creare i rifugi che ancora mancano, portare avanti il processo già in atto di equipaggiamento dei rifugi e completare una moderna rete d'allarme. Con la voluta riduzione dei segnali d'allarme, la semplificazione delle misure di comportamento per la popolazione e un'intensificazione di incorporazione e formazione dei capi dei rifugi, la protezione civile potrà assicurare, verso la metà degli anni 90, un'ordinata presa in consegna dei rifugi entro il giro di poche ore e un soggiorno di alcuni giorni nei rifugi organizzato in modo flessibile. Una più intensa informazione della popolazione, contribuirà ad attuare tale obiettivo.

Protezione civile: attenzione, il tempo passa!...

Ben diversa la situazione nei settori dell'organizzazione di protezione civile da impiegare per operazioni di salvataggio o soccorso e che quindi potrebbero essere utili in caso di necessità nel periodo di pace. Per l'aiuto in caso di catastrofe non esiste una concezione federale, perchè – salvo poche eccezioni – è di competenza dei Comuni e dei Cantoni. Mentre questo aiuto è realizzato dalla base, i mezzi della difesa integra-

le – in primo luogo l'esercito e la protezione civile – sono concepiti gerarchicamente. Se l'esercito, nell'ambito delle sue previste modifiche strutturali, parla di nuove formazioni d'aiuto in caso di catastrofe e di importanti adeguamenti in settori del servizio territoriale, diventa chiaro che ciò non interessa solo la protezione civile come partner nel quadro della difesa integrale, ma anche i cosiddetti servizi coordinati e «l'aiuto in caso di catastrofe». Ciò significa che in settori in cui l'esercito e diverse istanze civili collaborano strettamente, deve essere condotta adesso una discussione approfondita e non soltanto quando l'esercito avrà già preso le sue decisioni. Altrimenti rimarrà immutata la situazione in materia di personale. L'esercito prende quello di cui ha bisogno, la protezione civile è riconoscente per il ringiovanimento nelle proprie file e gli altri partner civili continueranno a cercare – in parte inutilmente – specialisti e persone capaci di condurre il personale.

Coordinare significa semplificare e rafforzare

Indichiamo solo tre settori nei quali potrebbe avvenire una vera coordinazione, dove per esempio si potrebbe intra-

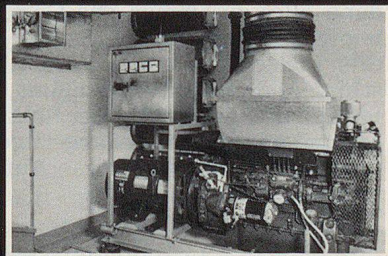
prendere un'attribuzione del personale secondo gli interessi generali: i servizi di salvataggio e di soccorso (esercito: formazioni di protezione aerea, protezione civile: formazioni pionieri e antincendio, Comuni: servizi della difesa civile compresi i punti d'appoggio dei pompieri), i servizi sanitari «coordinati» – attualmente esistenti parallelamente (esercito: servizi sanitari, protezione civile: servizi sanitari, salute pubblica) e il servizio di protezione AC (esercito, protezione civile, altre istanze civili).

Bisogna sfruttare l'occasione!

Per la protezione civile, «Esercito 95» è un'occasione. Sarebbe imperdonabile se fosse usata solo per singoli aspetti. Semplificazione del passaggio dall'esercito alla protezione civile sono cose desiderabili e facilmente raggiungibili. Molto più importante però è la valutazione generale in vista di una «protezione civile 95» nell'ambito di una «difesa integrata 95» – con l'integrazione di quello che normalmente viene definito «l'aiuto in caso di catastrofe in periodo di pace». ▣

Zivilschutz Notstrom Anlagen

Dieseltreibene Aggregate im Leistungsbe-
reich von 1 kW bis 250 kW.



Verlangen Sie unverbindlich detaillierte Unterlagen!

**AKSA
WÜRENLOS AG**
AKSA WÜRENLOS AG
CH-8116 Würenlos
056/74 13 13

Notstromanlagen • Generatoren • Transport-Kühlanlagen

MASKEN-DICHTIG- KEITS-PRÜFSET



INTER-CB
F. H. Schneider

Militärischer und ziviler C-Schutz

Sie sind mit Schutzmasken
ausgerüstet, können diese jedoch
nach dem Anpassen nicht auf
Dichtigkeit prüfen.
Das neue ICB-Prüfset ermöglicht
Ihnen diese Prüfung in Zukunft.

Bestellung:

Der/Die Unterzeichnete bestellt
hiermit ____ Masken-Dichtigkeits-
Prüf-Sets zum Stückpreis von
Fr. 174.10 inkl. Wust, transport-
verpackt.



Die Dichtigkeitsprüfung mit dem ICB-
Prüfset ist harmlos und empfindlich,
auch geringe Undichtigkeiten werden
zuverlässig aufgezeigt.

Einfach zu handhaben

Zuverlässig

Billig

Lieferadresse:

Unterschrift:

Ort, Datum:



INTER-CB

F. H. Schneider
Postfach 47
CH-3000 Bern 15
Schweiz/Schweizerland

Tel. 031 52 44 34
Tlx. 912 353
Fax 031 52 44 78

Die Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich hat im Juli 1989 ein Papier mit acht Thesen zur Verbesserung des Zivilschutzes veröffentlicht. Der Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat Dr. Christoph Blocher, beantwortet in diesem Zusammenhang die Fragen des Schweizerischen Zivilschutzverbandes.

Verbesserungen im Zivilschutz – ein politisches Problem

Was bewegt die SVP des Kantons Zürich ein acht Thesen-Papier mit Verbesserungsvorschlägen zum Zivilschutz zu präsentieren?

Wir, die SVP und ich, stehen hundertprozentig zum Zivilschutz und haben dieses Programm im Interesse des Zivilschutzes ausgearbeitet.

Es war ein heikles Unterfangen. Man musste auf der einen Seite Mängel aufdecken und gleichzeitig Verbesserungen

Interview Ursula Speich

vorschläge anbringen. Da weiss man in der politischen Landschaft von heute nie so genau zum voraus, wie man damit ankommt. Kritik – auch wenn sie in bestgemeinte Verbesserungsvorschläge ausmündet – kann allweil negativ gedeutet werden. Ja – von den guten Anregungen wird oft gar nicht gesprochen! Ich muss jedoch beifügen, dass die Presseberichterstattung über unsere acht Thesen zum Zivilschutz durchaus positiv und sachlich daherkam.

Sie fordern eine Gesamtverteidigungsanstelle einer Wehrpflicht (These 1); und dies, obwohl Sie wissen müssen, dass der Begriff «Gesamtverteidigung» in der Schweiz nicht sehr bekannt ist und demzufolge auch nicht populär sein kann. Glauben Sie, dass trotz diesem weissen Flecken «Gesamtverteidigung» die von Ihnen vorgeschlagene Umpolung möglich ist?

Jawohl, davon bin ich überzeugt. Ich glaube nämlich, dass man politisch alle jene Dinge «durchbringt», die auf einen genauen Auftrag bezogen sind. Wenn der Schweizer Bürger den Auftrag des Zivilschutzes wirklich anerkennt, dann glaube ich, dass er auch das Notwendige zu tun gewillt ist, damit dieser Auftrag erfüllt werden kann.

Im übrigen stelle ich fest, dass gerade der Auftrag des Zivilschutzes im Volk im allgemeinen eine ausserordentlich grosse Popularität hat. Ja – ich gehe noch weiter und bekenne mich dazu, dass ich nicht viele Anliegen kenne, die gleicherweise unbestritten sind wie der



Wir stehen hundertprozentig zum Zivilschutz!

These 1:

Gesamtverteidigungspflicht statt Wehrpflicht

Die Wehrpflicht auf Stufe Verfassung ist nicht mehr zeitgemäss. Sie ist zu ersetzen durch eine Gesamtverteidigungspflicht, die vom 20. bis zum 60. Altersjahr (oder allenfalls weniger lang) dauert. Diese wird entweder in der Armee oder im Zivilschutz bei gleicher Ausbildungsdauer erfüllt. Die Einteilung im einen oder andern Zweig erfolgt aufgrund zu definierender Kriterien und des Bedarfes bezüglich Bestände.

These 2:

Schaffung eines Gesamtverteidigungsdepartementes

Die verschiedene Departementszugehörigkeit von Armee und Zivilschutz auf Stufe Bund ist unzumutbar. Deshalb ist ein Gesamtverteidigungs-Departement zu bilden.

Zivilschutz-Auftrag zum Schutze der Bevölkerung in zivilen Katastrophensituationen und im Kriegsfall.

Das kann man sogar beweisen bei den einzelnen Zivilschutzeinsätzen in der Vergangenheit; da ist unter anderem die Hilfe anlässlich der Wasserschäden in der Schweiz im Sommer 1987, dann auch die grosszügigen Geldinvestitionen im baulichen Zivilschutz usw.

Das negative Image des Zivilschutzes besteht jedoch nicht darin, dass Aufgabe oder Zweck des Zivilschutzes nicht anerkannt würden, sondern dass sich ein Abbau des Vertrauens entwickelt hat.

Und worin besteht dieser?

Es geistert die Meinung herum, der Zivilschutz könne seinen Auftrag nicht mehr erfüllen. Diese Meinung liefert natürlich Stoff für politischen «Humbug». Um Schwierigkeiten in diesem Bereich zu entgehen muss sich der Zivilschutz einzig und allein an den gegebenen Auftrag halten!

Gestützt auf den formulierten Zivilschutz-Auftrag kamen wir von seiten der SVP zum Schluss, dass mit der Trennung von Wehrpflicht und Zivilschutzpflicht die Erfüllung des Auftrages «Schutz der Menschen bei zivilisatorischen und kriegsbedingten Katastrophen» niemals befriedigend gewährleistet wird.

In These 2 des SVP-Papieres fordern Sie die Schaffung eines Gesamtverteidigungsdepartementes. Heisst das nun, etwas provokativ formuliert, «Weg mit dem EMD – hier kommt das GVD» (Gesamtverteidigungsdepartement)?

Nein. Es liegt auf der Hand, dass man den Zivilschutz zum EMD nehmen müsste. Gleichzeitig wäre die umstrittene Gesamtverteidigungsorganisation (Zentralstelle für Gesamtverteidigung) ebenfalls ins EMD einzugliedern, was dann alles zusammen das Gesamtverteidigungsdepartement ergäbe. Diese drei Elemente, nämlich Armee, Zivilschutz und Gesamtverteidigung, müssten alle drei nebeneinander funktionieren und mit klaren, gleichwertigen, untereinander abgegrenzten Aufträgen versehen sein.

Glauben Sie im Ernst an ein problemloses Mitmachen des EMD?

Ich glaube, das EMD würde bestimmt mitmachen. Abzuwarten wäre, ob das EJPD mit dabei wäre. Da ist die Reaktion von Bundesrat Koller abzuwarten.

Ist es nicht ein Widerspruch, den Zivilschutz im EMD integrieren zu wollen und gleichzeitig zu erklären, man wolle ihn nicht militarisieren (Begründung zu These 2)?

These 3:**Ausbildung verbessern**

Die Ausbildung genügt nicht und ist deshalb noch mehr zu professionalisieren und zu modernisieren durch

- Schaffung einer Instruktorenschule auf Stufe Bund,
- die Erhöhung der hauptamtlichen InstruktorInnen auf Stufe Kanton, unter anderem auch zur Unterstützung der Gemeinden bei der Durchführung ihrer Dienstansätze,
- die Verpflichtung der Gemeinden zur regionalen Anstellung hauptamtlicher InstruktorInnen auf den Ausbildungszentren, eventuelle Übernahme der regionalen Zentren und deren Personal durch den Kanton (exkl. Städte Zürich und Winterthur),
- Verwendung moderner Ausbildungsmittel am richtigen Ort.

These 4:**Lockerung des Wohnortsprinzips**

Das Wohnortsprinzip wirkt sich nachteilig auf die Qualität der Kader aus und ist für Vorgesetzte dergestalt zu lockern, dass sie nur mit Zustimmung des Ortschefs die Zivilschutzorganisation wechseln, wenn sie ihren Wohnsitz innerhalb des gleichen Kantons verlegen.

These 5:**Übernahme anderswo bewährter Formen**

Im Zivilschutz wurden organisatorische Massnahmen getroffen, die seinerzeit bei seiner Schaffung sinnvoll gewesen sein mögen, heute aber nicht mehr zweckmässig sind. Bewährte Formen und Voraussetzungen, wie sie nicht nur im Militär, sondern auch in anderen zivilen Organisationen wie Feuerwehr und Polizei üblich und selbstverständlich sind, müssen übernommen werden:

- «militärische» Gradbezeichnungen (wie Polizei, Feuerwehr)
- verstärkte Befehlsgewalt und vermehrte Disziplinarmassnahmen unter Berücksichtigung der Durchführbarkeit
- Schaffung eines Gesamtverteidigungsbüchleins (Ersatz Dienstbüchlein) und Einführung des Schutzdienstpflichtersatzes (analog Militärpflichtersatz)

Ich wiederhole, dass nicht die Rede davon ist, den Zivilschutz ins heutige EMD zu integrieren! Er soll einzig und allein in ein Gesamtverteidigungsdepartement (GVD) – und dies auch nur zusammen mit der Gesamtverteidigungsorganisation (ZGV) – aufgenommen werden. Innerhalb des GVD müssen die drei Elemente Armee, Zivilschutz und Gesamtverteidigung aber in sachbezogener Zusammenarbeit getrennt funktionieren. Kein Teil darf den anderen dominieren oder gar «aufessen».

Es gilt, in diesem Bereich auch eine ganze Menge psychologischer Barrieren abzubauen. Diese bestehen darin, dass für Armee und Zivilschutz unterschiedliche Dienstbüchlein existieren, andere Gradabzeichen gebraucht werden und weiteres mehr. Diese Unterschiede bis und mit Uniformfragen müssen in der Praxis beim Dienstleistenden den Eindruck erwecken, er – oder sie – befindet sich in zwei verschiedenen Welten! Und genau dies wollen wir vermeiden.

▲ Sie haben, Herr Blocher, vom politischen Durchsetzen gesprochen. Wer, ausser der SVP, soll denn mithelfen die SVP-Vorschläge – oder allgemein gesagt – die Verbesserung im Zivilschutz mitzutragen und durchzubringen?

Nun, zuerst werden wir unser Anliegen in den Bundesrat «hineinzutragen» versuchen. Schön wäre es, und ich erhoffe mir dies, wenn der Bundesrat das

Projekt ganz oder teilweise übernehmen könnte.

Auf alle Fälle aber gelangen wir mit unserem Vorhaben an das Parlament.

Im weiteren bin ich der Meinung, dass zu irgendeinem Zeitpunkt trotz aller zu erwartenden, möglichen Verzögerungen und Schwierigkeiten der Moment kommen wird, wo man das Thema «Schutz der Bevölkerung» – also Zivilschutz in optimaler Form – anpacken muss.

▲ Glauben Sie, dass die Zeit von selbst kommt oder dass ein weiteres Grossereignis, das heisst Katastrophe, die Bevölkerung aufrütteln muss?

Es wäre wohl der schmerzlichste Weg, wenn die Mangelhaftigkeit eines Instrumentes wie des Zivilschutzes erst im konkreten Falle bewiesen werden müsste. Ich meine, man müsste die Verbesserungen vorher anpacken. Denn wenn es um Leben oder Tod oder allenfalls Zerstörung geht, kann man nicht einfach getrost sagen, «lassen wir doch das Schlamassel zuerst etwas herankommen und wirken», und fassen wir erst dann Entschlüsse zu Verbesserungen. Das kann man nur in den Bereichen tun, wo nichts kaputt geht. Sicher aber nicht beim Zivilschutz!

▲ Damit sind wir beim Bereich der Verwaltung. Sie haben, Herr Blocher, das Bundesamt für Zivilschutz der Bremswirkung bezichtigt. Warum und inwiefern?



Man muss den Zivilschutz mit der Aufgabe und der Erfahrung der Armee verbinden.

Nun, da möchte ich vom Beispiel des Kantons Zürich ausgehen. Der Zivilschutz wurde hier bereits in den siebziger Jahren entscheidend entwickelt – und immer wieder von Bern aus gebremst! Meiner Meinung nach sollte eine Verwaltungsstelle den Kantonen und Gemeinden Impulse geben, vor allem wenn die Basis offen, bereit und willens ist sich einzusetzen, zu engagieren und auch Geld zu investieren.

Weiter hat mich gestört, wie von seiten des Bundesamtes für Zivilschutz im Jahr 1986 bei den Ereignissen Tschernobyl und Schweizerhalle reagiert wurde. Statt immer wieder herauszuheben «hier hat der Zivilschutz nichts zu tun» oder «das ist kein Fall für den Zivilschutz» hätte man darüber informieren müssen, wie denn die Hilfe durch den Zivilschutz in einem solchen Fall aussieht. Das Vertrauen des Volkes wäre doch mit positivem Vorgehen – statt zu schwinden – um ein beträchtliches angestiegen, hätte man die Institution als ein Hilfsinstrument bei Katastrophen und natürlich auch im Kriegsfall genau an diesen beiden Beispielen präsentiert.

Zudem hätte man damals – also 1986 – von seiten der Verwaltung, also des Bundesamtes für Zivilschutz, sofort eine Überprüfung der Funktionstüchtigkeit des Zivilschutzes in die Wege leiten müssen und darüber auch informieren – und nicht warten, bis die oberste Magistratin eine besondere Arbeitsgruppe in dieser Sache einsetzt!

Wenn das Wort «Bremsklotz» in diesem Zusammenhang durch die Presse gegeistert ist, dann sind damit diese Dinge gemeint. Darüber hinaus möchte ich ganz bewusst die Kantone und Gemeinden entlasten vom gleichlautenden Vorwurf, weil ja gerade sie sehr oft Kritik und Hiebe in Sachen Zivilschutz einstecken müssen.

Und ein Letztes: ich wünsche mir, das Bundesamt für Zivilschutz würde die Chance wahrnehmen innovativ und angriffig vorzugehen. Es müsste in Frage gestellt werden, weil es «zu rassig» vorgeht und nicht wegen des Gegenteils.



Ich wünsche mir, das Bundesamt für Zivilschutz würde die Chance wahrnehmen, innovativ und angriffig vorzugehen.

▲ Aus Ihrer Sicht ist also die Situation, was die Verwaltung angeht, nicht ganz befriedigend und Sie verteilen Schelte. Hat nicht auch der Bundesrat eine gewisse Mitverantwortung für die Qualität des Funktionierens und der Arbeit seiner Verwaltung?

Das ist eindeutig so. Für die Bundesämter und deren Tätigkeit liegt die Verantwortung beim Bundesrat. Für die Konzeption tragen Bundesrat und Parlament die Verantwortung in geteilter Form.

▲ Zurück zu den SVP-Thesen. Wurden sie durch die Armee reform 95 beeinflusst?

These 6:

Flexiblere Handhabung der Vorschriften

Die Handlungs- und Entschlussfreiheit der Zivilschutzorganisation (ZSO) und ihrer Führung ist zu verbessern. Die Vorschriften sind weniger eng zu fassen oder zu handhaben, ohne aber wesentliche Entscheide allein den Gemeinden zu überlassen.

These 7:

Handlungsspielraum statt Bürokratie

Das Bundesamt für Zivilschutz hat vermehrt als treibende Kraft (und nicht als bürokratischer Bremsklotz) zu wirken. Die Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz brauchen mehr Handlungsfreiheit zur Verwirklichung der Ziele nach modernen und betriebswirtschaftlichen Grundsätzen innerhalb der Verwaltung. Es sind deshalb Voraussetzungen zu schaffen für mehr Initiative und Innovation, was heute durch Erstarrung in Bürokratie, Beamtentum und Beharren auf Althergebrachtem verunmöglicht wird.

These 8:

Aufhebung des Vorrangs der Betriebsschutzorganisation bei der Einteilung von Schutzdienstpflichtigen

Der Vorrang der Betriebsschutzorganisation (BSO) bei der Einteilung von Schutzdienstpflichtigen benachteiligt die Zivilschutzorganisationen (ZSO) und ist in der heutigen absoluten Form aufzuheben. Durch andere Massnahmen muss die angemessene personelle Bestückung der BSO in qualitativer Hinsicht sichergestellt werden.

Es gibt schon Zusammenhänge zwischen der Armee reform 95 und dem Zivilschutz. Das betrifft die Bestände. Auf der einen Seite braucht die technisierte Armee von heute vermehrt Spezialisten. Auf der andern Seite ist die Aufgabe des Zivilschutzes – zum Beispiel die Schutzraumbetreuung – extrem personalaufwendig. Wird nun der Heeresbestand reduziert, dann fallen ja logischerweise für den Zivilschutz freigewordene Kräfte und auch jüngere Männer und Frauen als zur Verfügung stehend an.

▲ Wie erklären Sie im Lichte des soeben Gesagten Ihre Forderung, dass für Armee und Zivilschutz die Ausbildungszeiten gleichgesetzt sein sollen (These 3)? Ist dies realistisch?

Über diesem Problem sind wir lange gesessen. Wenn man vom Gleichsetzen der Ausbildungszeiten spricht, meinen wir damit viel eher eine qualitativ gleichwertige Ausbildung angepasst an den Auftrag, als eine zeitlich gleiche. Ich denke hier ganz besonders an eine qualifizierte Instruktorengruppe, die den von der Armee herkommenden, gut trainierten Soldaten und Offizieren eine massgeschneiderte Zusatzausbildung angeeignet lässt.

▲ Weiter fordern Sie eine Entlastung der Ortschefs in Form von vermehrter Freistellung zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten (These 3). Diese und manch andere ihre Forderungen haben Kostenfolgen. Wer soll schlussendlich diesen verbesserten Zivilschutz bezahlen?

Der Geldbedarf ist abhängig von der Ausstattung der Details und den daraus resultierenden Kosten. Zu diesen Details gehört sowohl die soeben erwähnte, stärkere Freistellung der Ortschefs wie auch die verbesserte Qualität der Ausbildung. Anderes mehr gehört dazu. Man könnte hier in die Einzelheiten gehen, doch führt dies an dieser Stelle zu weit.

Schauen Sie, unser Papier ist eigentlich der Impuls zur Verbesserung des gesamten Zivilschutzes. Wenn wir uns als Nicht-Fachleute nun anmassen bereits Detailvorschriften vorzugeben, dann wird das Ganze unglaubwürdig. Die Weiterbearbeitung und die Aufnahme des von uns gegebenen Impulses ist nun Sache des Bundesrates, seiner Verwaltung und des Parlamentes. Diese Instanzen müssen das Ganze in für unser Volk positiven, gewinnbringenden und vor allem «schützenden» Sinne weiterentwickeln und unterstützen.

▲ Herr Nationalrat Blocher, ich danke Ihnen für dieses Gespräch. ▲

(Fotos: Achtziger)

En juillet 1989, l'Union démocratique du centre (UDC) du canton de Zurich a publié un document présentant huit thèses pour améliorer la protection civile. Le Conseiller national Christophe Blocher, président de l'UDC du canton de Zurich répond aux questions posées sur ces thèses par l'Union suisse pour la protection civile.

L'amélioration de la protection civile, un problème politique

▣ Qu'est-ce qui a incité l'UDC du canton de Zurich à élaborer un document de huit thèses pour proposer d'améliorer la protection civile?

Blocher: L'UDC aussi bien que moi-même, sommes entièrement favorables à la protection civile. C'est pourquoi nous avons élaboré ce programme dans l'intérêt de la protection civile. Ce fut une entreprise audacieuse et délicate. Il nous fallait découvrir les défauts du système et proposer tout à la fois des améliorations. Or, dans la si-

Interview de Ursula Speich

tuation politique d'aujourd'hui, on ne sait jamais exactement où l'on va aboutir, avec un tel projet. Les critiques, même lorsqu'elles sont exprimées sous la forme la plus compréhensive de propositions d'amélioration, peuvent être perçues très négativement, car on ne parle le plus souvent pas du tout des bonnes suggestions qu'elles contiennent! Je dois cependant ajouter que la presse a relaté nos huit thèses en des termes tout à fait positifs et objectifs.

▣ Selon votre thèse 1, vous demandez une obligation de servir dans la défense générale en lieu et place d'une obligation militaire et cela, malgré que vous sachiez parfaitement qu'en Suisse, la notion de «défense générale» est mal connue et par conséquent, qu'elle peut n'être pas populaire. Croyez-vous qu'en dépit de cette hypothèse qui grève la «défense générale», il soit possible, comme vous le proposez de procéder à ce renversement de la vapeur?

Blocher: Bien sûr, j'en suis persuadé. Pour préciser ma pensée, je crois que l'on peut «faire passer» politiquement toutes les choses qui se réfèrent à un mandat précis. Si le citoyen suisse admet et accepte la mission de la protection civile, alors je crois qu'il sera également disposé à faire le nécessaire pour que cette mission puisse être accomplie.

Pour le surplus, je constate que pré-

sement la mission de la protection civile bénéficie d'une popularité extraordinairement grande dans le peuple en général. Je vais même plus loin: je dois admettre que je ne connais pas beaucoup de questions qui soient aussi incontestées que la mission de la protection civile, en tant qu'elle vise à protéger la population dans les catastrophes civiles comme en cas de guerre. C'est ce que prouvent diverses interventions passées de la protection civile, comme du reste les investissements importants qui ont été consentis jusqu'ici pour les constructions de protection civile.

L'image de marque de la protection civile n'a pas été ternie à cause des tâches ou de la mission qui lui incombe, mais bien en raison d'une perte progressive de la confiance qu'on lui fait.

▣ En quoi cette perte de confiance consiste-t-elle?



Si les citoyens suisses acceptent vraiment la mission de la protection civile, alors ils seront également disposés à lui fournir le nécessaire pour lui permettre d'accomplir cette mission.

L'UDC entend améliorer la protection civile

Obligation de servir dans la défense générale, création d'un Département fédéral de la défense générale, amélioration de l'instruction.

Les thèses de l'UDC

- Obligations de servir dans la défense générale en lieu et place d'obligations militaires.
- Création d'un Département fédéral de la défense générale.
- Amélioration de l'instruction.
- Assouplissement du principe du domicile.
- Utilisation de formes d'action plus efficaces que l'on aura découvertes ailleurs.
- Application plus souple des prescriptions.
- Marge de manœuvre en lieu et place d'une bureaucratie rigide.
- Suppression de la prééminence des organisations de protection d'entreprise lors de l'incorporation des personnes astreintes à servir.

Blocher: L'opinion se fait jour par-ci par-là que la protection civile ne pourrait plus accomplir sa mission. Cette opinion alimente naturellement les argumentations démagogiques. Si elle veut aplanir de telles difficultés, la protection civile doit impérativement s'en tenir seulement et uniquement à la mission qui lui est confiée!

Nous fondant sur la mission de la protection civile telle qu'elle est formulée, nous, les membres de l'UDC, sommes arrivés à la conclusion que la séparation entre l'obligation militaire et l'obligation de servir dans la protection civile ne garantira jamais d'une façon satisfaisante la mission donnée d'assurer la protection des êtres humains lors des catastrophes à caractère civil ou militaire.

▣ Dans sa thèse, l'UDC demande la création d'un Département fédéral de la défense générale (DFDG). Cela signifie-t-il - pour utiliser des termes choquants - «à mort le DMF, vive le DFDG!»?

Blocher: Non bien sûr. On peut aisément comprendre qu'il s'agit uniquement de joindre la protection civile aux tâches de l'armée et de la faire bénéfi-

cier de l'expérience de celle-ci. Il conviendrait d'y incorporer en même temps l'organisation, par ailleurs incontestée, de la défense générale (en l'occurrence, l'Office central de défense), le tout devenant un Département de la défense générale. Ces trois éléments, à savoir: l'armée, la protection civile et la défense générale, devraient fonctionner d'une façon coordonnée, en ayant chacune des missions claires, équivalentes et bien séparées les unes des autres.

▲ Croyez-vous sérieusement que le DMF acceptera sans problème de donner la main à un tel projet?

Blocher: Je crois que le DMF serait tout à fait disposé à collaborer. Reste à savoir si le DFJP lui aussi le serait. Il faut attendre à cet égard la réaction du Conseiller fédéral Koller.

▲ N'y a-t-il pas une contradiction à vouloir incorporer la protection civile dans le DMF et à déclarer simultanément que l'on entend la démilitariser (Exposé des motifs à l'appui de la thèse 2)?

Blocher: Comme je le répète, il n'est pas question d'incorporer la protection civile dans le DMF actuel! Elle doit être intégrée exclusivement et uniquement dans un Département fédéral de la défense générale (DFDG) et cela, en même temps que l'organisation entière de la défense générale (Office central de la défense). A l'intérieur de la DFDG, les trois éléments que sont l'armée, la protection civile et la défense générale doivent fonctionner séparément, mais en coordonnant leurs tâches. Aucune des trois ne doit dominer ou même «phagocyter» les autres. Dans ce domaine, il y a lieu d'abaisser toute une série de barrières psychologiques. Celles-ci résident notamment en ce que l'armée et la protection civile ont des livrets de service différents et utilisent des insignes de grade dissemblables. Dans la pratique, ces différences, qui vont jusqu'aux questions d'uniforme, doivent forcément donner aux militaires et aux civils qui servent, l'impression qu'ils vivent dans deux mondes différents! Et c'est précisément cela que nous voulons éviter.

▲ Vous avez parlé de «faire passer» politiquement vos thèses. Qui, à côté de l'UDC, doit aider à l'adoption et à la réalisation des propositions de l'UDC, ou pour parler d'une façon plus générale, à améliorer la protection civile?

Blocher: Nous allons tout d'abord tenter «d'introduire» nos propositions au sein du Conseil fédéral. On y parviendrait déjà – et je l'espère vivement – si le Conseil fédéral acceptait d'assumer



Les trois éléments que sont l'armée, la protection civile et la défense générale doivent fonctionner l'une à côté de l'autre.

le projet en tout ou en partie. Mais dans tous les cas, nous le présenterons au Parlement.

En plus, j'estime qu'en dépit de tous les retards et de toutes les difficultés, auxquels il y a lieu de s'attendre, il faudra le moment venu aborder le fond du problème de la «protection de la population», donc de la protection civile dans une forme optimale.

▲ Croyez-vous que ce temps viendra de lui-même ou qu'il faudra un nouvel événement grave, c'est-à-dire une catastrophe, pour réveiller l'opinion de la population?

Blocher: Ce serait bien la voie la plus douloureuse, s'il fallait prouver les lacunes et les défauts d'une institution comme la protection civile lors d'un cas où son intervention serait indispensable. Je pense qu'il faut impérativement procéder à des améliorations avant un tel événement. En effet lorsqu'il s'agit de vie ou de mort et dans tous les cas de destructions, on ne peut pas en toute confiance déclarer simplement «laissons tout d'abord s'installer le gâchis, nous verrons bien comment ça fonctionnera, puis nous procéderons aux améliorations indispensables». On ne peut agir de la sorte que dans les domaines où il n'y a pas de risque. Mais assurément pas dans la protection civile!

▲ Nous en arrivons donc à parler d'administration. Vous avez accusé l'Office fédéral de la protection civile de freiner les choses, pourquoi et jusqu'à quel point?

Blocher: Prenons l'exemple du canton de Zurich. La protection civile y a déjà été développée dans les années 70,

d'une façon décisive. Mais Berne l'a sans cesse freinée! A mon avis, une administration fédérale doit inciter les cantons et les communes au dynamisme, surtout lorsque ces collectivités sont disposées à entreprendre, à intervenir et à investir de l'argent.

En outre, ce qui m'a dérangé, c'est de voir comment l'Office fédéral de la protection civile a réagi en 1986, lors des événements de Tchernobyl et de Schweizerhalle. Au lieu de répéter sans cesse «la protection civile n'a rien à faire là» ou «cela n'est pas un cas pour la protection civile», on aurait dû informer les gens sur la forme que revêt l'intervention de la protection civile en pareil cas. Au lieu de diminuer, la confiance du peuple aurait augmenté considérablement si, à l'occasion de ces deux événements, l'on avait présenté la protection civile comme un instrument de secours en cas de catastrophe et bien entendu, en cas de guerre.

De plus, à l'époque, c'est-à-dire en 1986, l'administration, donc l'Office fédéral de la protection civile, aurait dû entreprendre immédiatement un réexamen de l'aptitude de la protection civile à intervenir et renseigner sur cette question, au lieu d'attendre jusqu'à ce que le chef suprême de la protection civile crée un groupe de travail pour traiter ce problème.

C'est dans ce sens que la presse a fait état d'un «sabot de frein». C'est tout à fait consciemment que je n'ai pas adressé aux cantons et aux communes les mêmes reproches, parce qu'ils doivent précisément encaisser très souvent des critiques et des coups en matière de protection civile. Un dernier point enfin, j'aime à croire que l'Office fédéral de la protection civile saisira la chance que nous lui donnons de procéder d'une façon innovatrice et dynamique. Il faut



A mon avis, une administration fédérale devrait donner l'impulsion aux cantons et aux communes...

draît qu'il soit dans la situation de se remettre en question parce qu'il agit trop fougueusement plutôt qu'en raison du contraire.

▲ A votre avis donc, la situation, en ce qui concerne l'administration, n'est pas très satisfaisante et vous lui distribuez des réprimandes. Mais le Conseil fédéral n'a-t-il pas lui aussi une certaine responsabilité pour la qualité du fonctionnement et du travail de son administration?

Blocher: A l'évidence il en est ainsi. La responsabilité des offices fédéraux et de leurs activités appartient au Conseil fédéral. Le Parlement et le Conseil fédéral partagent en revanche la responsabilité pour les tâches de conception.

▲ Pour revenir aux thèses de l'UDC, seront-elles influencées par la réforme de l'armée 1995?

Blocher: Il y a déjà des points de contact entre la réforme de l'armée 1995 et la protection civile. Ceux-là concernent les effectifs. D'un côté, l'armée utilise des techniques qui exigent actuellement davantage de spécialistes. D'un autre côté, les tâches de la protection civile, par exemple l'assistance dans les abris, exigent beaucoup de personnel. Si l'on réduit les effectifs de l'armée, en bonne logique les forces de travail, les femmes et les hommes plus jeunes ainsi libérés doivent être mis à disposition de la protection civile.

▲ Compte tenu de ce qui vient d'être dit, comment expliquez-vous votre requête selon laquelle les durées d'instruction doivent être semblables dans l'armée et dans la protection civile (Thèse 3)? Cela est-il réaliste?

Blocher: Nous avons longuement débattu de ce problème. Quant on parle

de durées d'instruction semblables, on considère bien plutôt des formes d'instruction qualitativement égales, adaptées à un mandat semblable. Je pense en l'occurrence tout particulièrement à un groupe d'instructeurs qualifiés, qui font donner aux soldats et aux officiers bien entraînés et provenant de l'armée, une instruction supplémentaire.

▲ En outre, vous réclamez que l'on décharge les chefs locaux, en ce sens qu'ils aient davantage de liberté pour accomplir leurs tâches et leurs obligations (Thèse 3). Cette demande et d'autres encore ne vont pas sans des conséquences financières. Qui doit en définitive payer cette protection civile améliorée?

Blocher: Les besoins financiers sont fonction de la mise en place de détails et du coût qui en résulte. Au nombre de ces détails appartiennent aussi bien la libération précitée des chefs locaux que l'amélioration de la qualité de l'instruction. D'autres facteurs entrent également en ligne de compte. On pourrait entrer dans chacun de ces détails, mais cela nous mènerait trop loin.

Voyez-vous, notre papier a pour objectif véritable d'inciter à améliorer l'ensemble de la protection civile. Si nous, qui ne sommes pas des spécialistes, prenons la liberté d'entrer déjà maintenant dans les détails, nos propositions dans leur ensemble ne sembleront plus crédibles. Il appartient désormais au Conseil fédéral, à son administration et au Parlement, de continuer le travail proposé et de reprendre à son compte l'impulsion que nous avons donnée. Ces organes doivent poursuivre le développement et apporter leur appui à l'ensemble du projet dans un esprit positif, avec la volonté d'en tirer le bénéfice et surtout de mieux protéger notre peuple.

▲ Monsieur le Conseiller national, je vous remercie de cet entretien.

(Photos: Achtziger)

Zivilschutz-Decken

Strapazierfähig und preisgünstig



eskimo®
textil ag

Verlangen Sie
unsere Muster
und Preisofferte

eskimo textil ag
8488 Turbenthal
Tel. 052 450 450

Equipement d'abris

- Lits pour abris privés
- Lits pour personnel
- Casiers à effets
- WC à sec
- Séparations de toilettes
- Séparations de caves transformables en lits
- Etagères/Ryonnages
- Entretien d'abris

«Exposition permanente»

Autier Abri Service

2, route des Ravières
1258 Perly GE
Téléphone 022 771 19 50

L'Unione democratica di Centro del cantone di Zurigo ha presentato nel luglio 1989 un documento con otto tesi per il miglioramento della protezione civile. Il presidente dell'UDC del cantone di Zurigo, Consigliere nazionale dott. Christoph Blocher ci parla di questo tema in un'intervista.

Miglioramenti nella protezione civile: un problema politico

▲ Che cosa ha spinto l'UDC del cantone di Zurigo a presentare un documento con otto proposte di miglioramenti per la protezione civile?

Sia io che il mio partito siamo assolutamente favorevoli alla protezione civile e abbiamo elaborato questo programma proprio nell'interesse della prote-

Intervista: Ursula Speich

zione civile stessa. È stata un'impresa ardua perché dovevamo da un lato trovare le lacune e dall'altro proporre dei miglioramenti. E nel panorama politico attuale non si sa mai come una cosa



Il mandato della protezione civile gode di una straordinaria popolarità.

simile può essere accolta. La critica, anche quella che sfocia nelle migliori intenzioni e proposte di miglioramenti, può essere sempre interpretata in modo negativo e dei buoni impulsi spesso non si parla nemmeno! Devo però ammettere che la stampa ha parlato positivamente e in modo obiettivo delle nostre otto tesi per la protezione civile.

▲ Lei chiede un obbligo alla difesa integrata invece di un obbligo al servizio militare (tesi n. 1), pur sapendo che il concetto di «difesa integrata» in Svizzera non è molto conosciuto e quindi non può essere popolare. Pensa che sia possibile realizzare questo obiettivo nonostante l'uso della difesa integrata?

Sì, ne sono sicuro. Credo infatti che politicamente si possano «portare avanti» tutte quelle cose che si riferiscono a un mandato preciso. Se il cittadino svizzero riconosce veramente il mandato della protezione civile penso che si impegnerà a fare il possibile perché questo mandato sia realizzato. Per il resto constatato che proprio il mandato della pro-

tezione civile gode di una grande popolarità presso la popolazione. Anzi, vado ancora più in là: non ci sono molte esigenze che vengono riconosciute indiscutibilmente come il mandato della protezione civile di proteggere la popolazione nelle catastrofi civili e in caso di guerra, come dimostrano alcuni interventi della protezione civile nel passato, ma anche gli investimenti ingenti nell'edilizia di protezione civile, ecc. L'immagine negativa della protezione civile deriva non dal rifiuto del suo compito e del suo scopo, bensì da una perdita di fiducia nei confronti della gestione di questa istituzione.

▲ E in che cosa consiste questa perdita di fiducia?

Gira l'idea che la protezione civile non sia più in grado di svolgere il suo mandato e quest'idea provoca naturalmente reazioni e favorisce «confusione» politica. Per ovviare alle difficoltà in questo settore la protezione civile deve attenersi scrupolosamente al suo mandato!

Sulla base del mandato della protezione civile già formulato, noi dell'Unione democratica di Centro siamo giunti alla conclusione che con la distinzione tra obbligo al servizio e obbligo alla protezione civile non sia mai veramente possibile garantire la realizzazione del mandato «protezione della popolazione nelle catastrofi civili e belliche».

▲ Nella tesi n. 2 del documento Lei chiede la creazione di un Dipartimento della difesa integrata. Significa, in termini un po' provocatori, «Basta con il DMF, lasciamo spazio al DDI» (Dipartimento della difesa integrata)?

No. È ovvio che la protezione civile è legata al compito e all'esperienza dell'esercito. Allo stesso tempo l'attuale organizzazione della difesa integrata (il controverso Ufficio centrale della difesa) si dovrebbe inserire ugualmente nell'insieme che costituirebbe il Dipartimento della difesa integrata. Questi tre elementi, esercito, protezione civile e difesa integrata dovrebbero funzionare l'uno accanto all'altro, ma con mandati chiari, paritetici e distinti.

▲ Pensa veramente che il DMF accetterà quest'idea?

Penso proprio di sì, mentre si dovrebbe aspettare la risposta del DFGP con la reazione del Consigliere federale Koller.

▲ Non è una contraddizione voler integrare la protezione civile nel DMF e affermare allo stesso tempo che non si vuole militarizzarla (motivazione della tesi n. 2)?

L'UDC vuole migliorare la protezione civile

Obbligo alla difesa integrata, Dipartimento della difesa integrata, migliore istruzione

Tesi dell'UDC:

- Obbligo alla difesa integrata invece che obbligo al servizio militare
- Creazione di un Dipartimento della difesa integrata
- Migliorare l'istruzione
- Flessibilità nel principio del domicilio
- Assunzione di altre forme che hanno dato buona prova in altri paesi
- Utilizzazione flessibile delle istruzioni
- Margine di manovra invece che eccessiva burocrazia
- Soppressione della precedenza degli organismi di protezione di stabilimento nell'incorporazione di persone obbligate a prestare servizio

Ripeto che non si tratta di integrare la protezione civile nell'attuale DMF! La protezione civile dovrebbe essere inserita – insieme all'organizzazione per la difesa integrata (UCD) – nel Dipartimento della difesa integrata (DDI). Ma all'interno del DDI i tre elementi esercito, protezione civile e difesa integrata dovrebbero funzionare autonomamente, pur collaborando ogni volta che fosse necessario. Nessun elemento deve predominare o «divorare» gli altri.

Si tratta di eliminare anche una serie di barriere psicologiche in questo settore. Una di queste barriere è l'esistenza di due libretti di servizio per la PCi e l'esercizio, dei diversi gradi utilizzati e di altre cose ancora. Queste differenze inducono nella pratica a pensare di trovarsi in due mondi completamente diversi, ed è proprio questo che vogliamo impedire!

▲ Dott. Blocher, Lei ha parlato di volontà politica. Oltre all'UDC chi dovrebbe contribuire a portare avanti le proposte del Suo partito, o, più in generale, i miglioramenti della protezione civile?

Innanzitutto cercheremo di «presentare» le nostre proposte al Consiglio federale. Sarebbe bello, e io lo spero, che il Consiglio federale condividesse il progetto in parte o completamente e se ne assumesse la responsabilità. In ogni caso porteremo la nostra proposta in Parlamento.

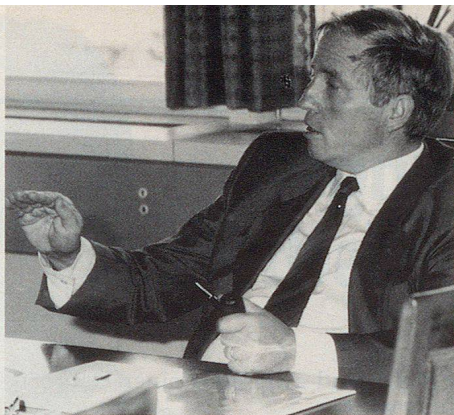
Inoltre sono del parere che in un qualsiasi momento, malgrado tutte le esitazioni e le difficoltà, si porrà urgentemente il problema di come si deve affrontare il tema «protezione della popolazione», cioè della protezione civile nella sua forma ottimale.

▲ Pensa che la cosa verrà da sé o che dovrà essere ancora una volta una catastrofe a scuotere la popolazione?

Sarebbe naturalmente la via peggiore se le lacune di uno strumento come la protezione civile dovessero essere scoperte solo in un concreto caso grave. Penso che con i miglioramenti si dovrebbe iniziare prima perché quando è questione di vita o di morte o di distruzione non si può certo dire «Lasciamo che la disgrazia arrivi e poi faremo qualcosa». Questo si può fare solo in quei settori in cui niente sia distrutto, ma non nella protezione civile!

▲ E con questo arriviamo al settore dell'amministrazione. Lei, dott. Blocher, ha accusato l'Ufficio federale della protezione civile di avere un'«azione frenante». Perché e in che misura?

Le risponderò con l'esempio del cantone di Zurigo. Qui la protezione civile è stata portata avanti già negli anni 70 e



Le barriere psicologiche come i diversi libretti di servizio, i diversi gradi e altre ancora devono essere abbattute.

poi sempre frenata da Berna! Secondo me un ufficio amministrativo dovrebbe dare ai cantoni e ai comuni impulsi e spinte, soprattutto se la base è disposta ad impegnarsi e a investire capitali. Inoltre mi ha dato fastidio il modo in cui l'Ufficio federale della protezione civile nel 1986 ha reagito agli eventi di Tschernobyl e Schweizerhalle. Invece di sostenere sempre che «qui la protezione civile non ha nulla da fare» oppure «questo non è un caso per la protezione civile» si sarebbe dovuta informare la popolazione su come la protezione civile avrebbe dovuto aiutare in un caso simile. La fiducia del popolo sarebbe aumentata, invece di diminuire, se l'istituzione protezione civile fosse stata presentata come uno strumento di soccorso nelle catastrofi e naturalmente anche in caso di guerra proprio alla luce di questi due esempi.

Allora invece – nel 1986 – l'amministrazione, cioè l'Ufficio federale della protezione civile, avrebbe dovuto avviare un esame dell'efficienza della protezione civile e informare in merito e non aspettare che il capo del Dipartimento costituisse un gruppo di lavoro allo scopo di procedere a questo esame. Quando la stampa ha parlato di «azione frenante» era questo che intendeva. Rifiuto invece lo stesso tipo di rimproveri se rivolti ai cantoni e ai comuni che spesso devono incassare molte critiche e accuse per quanto concerne la protezione civile. E come ultima cosa: mi auguro che l'Ufficio federale della protezione civile colga l'opportunità per procedere in maniera finalmente un po' innovativa e offensiva. Dovremmo infatti chiederci perché si va così in fretta e non sempre il contrario.

▲ Secondo Lei quindi la situazione non è certo soddisfacente e la colpa è dell'amministrazione. Non pensa che qui il Consiglio federale abbia una certa responsabilità per la qualità del funzionamento e del lavoro della sua amministrazione?

Certamente. Il Consiglio federale è responsabile degli uffici federali e della loro attività. Per quanto riguarda le concezioni il Consiglio federale e il Parlamento si dividono le responsabilità.

▲ Torniamo alle tesi dell'UDC. Sono state in qualche modo influenzate dal progetto di riforma esercito 95?

Ci sono certamente dei punti di contatto tra la riforma 95 dell'esercito e la protezione civile, ciò per quanto riguarda gli effettivi. Da un lato l'esercito oggi alquanto tecnicizzato ha bisogno di sempre più specialisti. Dall'altro lato il compito della protezione civile – ad esempio l'assistenza delle persone nei rifugi – comporta un enorme impiego di personale. Se gli effettivi dell'esercito vengono ridotti, logicamente queste forze possono essere utilizzate a favore della protezione civile e anche uomini e donne più giovani potrebbero essere a disposizione.

▲ Alle luce di quanto ha appena detto, come può spiegare la Sua richiesta che i periodi d'istruzione siano equivalenti per l'esercito e la protezione civile?

Abbiamo discusso a lungo di questo problema. Quando parliamo di equivalenza dei periodi d'istruzione intendiamo piuttosto un'istruzione qualitativamente equivalente che non un'equivalenza in termini di tempo. Penso soprattutto ad un gruppo di istruttori qualificati che, provenienti dall'esercito, possano impartire a soldati e ufficiali ben allenati una formazione supplementare su misura.

▲ Lei chiede ancora un alleggerimento del capo locale che dovrebbe essere più spesso dispensato dal lavoro per poter svolgere le sue mansioni nella protezione civile (tesi n. 3). Queste e molte altre delle Sue richieste hanno conseguenze sul piano finanziario. Chi in fin dei conti deve assumersi l'onere finanziario di questa protezione civile così migliorata?

Il fabbisogno di denaro dipende dall'organizzazione in dettaglio e dai costi che ne risultano. Uno di questi dettagli è appunto la dispensa del capo locale, come pure il miglioramento della qualità dell'istruzione. Ma ce ne sono molti altri ancora. Potrei entrare nei particolari, ma non è questa la sede migliore. Vede, questo documento è un impulso al miglioramento dell'intera protezione civile. Se noi non specialisti ci permettiamo già di impartire istruzioni dettagliate, il tutto diventa poco plausibile. E ora compito del Consiglio federale, della sua amministrazione e del Parlamento accogliere e portare avanti l'impulso da noi dato. Queste istanze devono sviluppare il tutto e trasformarlo in senso positivo e soprattutto «protettivo» per il nostro popolo.

▲ Dott. Blocher, La ringrazio per quest'intervista.

(Fotos: Achtziger)

Armeeabschaffungs-Initiative und Zivilschutz

Am 12. September 1986 wurde mit 111 300 gültigen Unterschriften die Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee eingereicht.

Die Volksinitiative spricht in ihrem Wortlaut ausdrücklich nur von «Armee» und von «militärischen Streitkräften». Damit visiert sie im Gesamtrahmen unserer Sicherheitspolitik nur die bewaffnete Truppe an. Was aber er-

Von Nationalrat Maximilian Reimann, Gipf-Oberfrick*

wartet den Zivilschutz bei Annahme der Initiative? Unterliegt er als ebenfalls uniformierte und hierarchisch gegliederte Komponente unserer Gesamtverteidigungskonzeption auch der Abschaffung? Oder müsste er in einer «Schweiz ohne Armee» nicht viel eher noch Funktionen übernehmen, die bis jetzt von der Armee, ausserhalb ihres Kampfauftrages, erfüllt werden? Die

* Kurzreferat, gehalten anlässlich der Stabsübung des Regionalen Führungsstabes Zivile Verteidigung Fricktal vom 24. August 1988 in Frick.

Fragen sind zweifellos einer Überprüfung wert.

Geschwächte Katastrophenhilfe

Die Armee ist wichtigstes, aber nicht einziges Glied unserer Gesamtverteidigung. Ihre Hauptaufgaben sind einerseits die Kriegsverhinderung durch Abschreckung und andererseits der militärische Abwehrkampf bei einem kriegerischen Angriff. Daneben leistet die Armee aber auch Hilfe im zivilen Bereich, so etwa wenn die innere Ordnung massiv gestört ist und mit polizeilichen Mitteln nicht mehr gemeistert werden kann. Oder, was in vorliegendem Falle näher liegt, sie unterstützt in Katastrophen aller Art den Zivilschutz. Zu denken insbesondere an den Einsatz von Luftschutz-, Genie-, Versorgungs-, Transport-, Sanitäts- oder Helikoptertruppen. Aus der jüngsten Vergangenheit sei etwa an folgende Truppeneinsätze zugunsten der Zivilbevölkerung hingewiesen: Unwetterkatastrophe in den Alpenkantonen von 1987, Einsatz des AC-Dienstes anlässlich der Tschernobyl-Verstrahlungslage von 1985, Dürrekatastrophe von 1979.

Da bei Annahme der Initiative die Armee schrittweise binnen zehn Jahren

abzuschaffen wäre, könnte sie somit relativ rasch auch nicht mehr zur Bewältigung naturbedingter oder zivilisatorischer Katastrophen beigezogen werden. Es entstünde dadurch für den Zivilschutz, der von der Initiative nicht berührt wird und somit bestehen bleibt, zumindest vorübergehend eine Schwächung. Diese könnte durch Um dispositionen etwa in den Bereichen Transport, Sanität oder Versorgung in Friedenszeiten mittelfristig wohl behoben werden.

Schutzloser Zivilschutz im Kriegsfall

Vor wesentlich schwierigeren Aufgaben hingegen sähe sich der Zivilschutz in kriegerischen und kriegsähnlichen Situationen gestellt. Wenn ausgerechnet die Schweiz, die während Jahrhunderten unter Beweis gestellt hat, dass sie einzig in Notwehr zu den Waffen greifen würde, einseitig und allein ihre Armee abschaffen würde, könnte sich das Verhältnis zu den Nachbarstaaten relativ rasch und unliebsam verändern. In der Schweiz entstünde ein militärisches Vakuum, das früher oder später von irgendwoher ausgefüllt werden könnte. Ein wehrloses Volk ist bekanntlich vor Angriffen nicht gefeit. In solchen Situationen aber hätte der Zivilschutz, ohne militärischen Schutzschild der Armee, seine Aufgaben gleichwohl zu erfüllen.

Er würde mit Sicherheit aber innert Kürze von einer Besatzungsmacht zum Nachteil des Schweizervolkes und zum primären Vorteil der Besetzerinteressengefügt gemacht. ▣

La protection civile face à l'initiative pour l'abolition de l'armée

C'est le 12 septembre 1986 qu'a été déposée, munie de 111 300 signatures, l'initiative populaire pour une Suisse sans armée.

Le texte de cette initiative ne parle expressément que de l'«Armée» et des

Maximilian Reimann, conseiller national, de Gipf-Oberfrick*

«forces militaires de combat». De la sorte, elle ne vise que les troupes armées, dans le cadre général de notre politique de sécurité. Mais à quoi doit donc s'attendre la protection civile, en

cas d'acceptation de l'initiative? Devra-t-elle être également supprimée en tant que composante uniformisée et hiérarchisée dans ses structures, de notre conception de la défense générale? Ou devra-t-elle bien plutôt, dans une «Suisse sans armée», assumer des fonctions supplémentaires qui entrent actuellement dans les attributions de l'armée, mais ne relèvent pas de sa mission combattive? Toutes ces questions valent indubitablement que l'on se les pose.

Une aide affaiblie en cas de catastrophe

L'armée constitue un élément important, mais pas unique de notre défense générale. Les tâches principales consistent d'une part à éviter la guerre par effet de dissuasion et, de l'autre, à mener un combat militaire défensif en cas d'agression guerrière. En outre, l'ar-

mée fournit également son aide dans le domaine civil, par exemple, lorsque l'ordre public intérieur est massivement perturbé et qu'il n'est plus possible de la maîtriser à l'aide des seuls moyens de police. Par ailleurs, – et il s'agit en l'occurrence d'un domaine plus proche de la protection civile – elle apporte son appui précisément à la PCi dans toutes les sortes de catastrophes possibles. On pense plus particulièrement à l'appui que peuvent fournir les troupes de protection aérienne, du génie, de la subsistance, des transports, des secours sanitaires, ou des troupes hélicoptérées. On peut mentionner à cet égard des exemples d'engagements de troupes en faveur de la population civile, qui ont eu lieu dans un passé très récent: les catastrophes dues aux intempéries dans les cantons alpins en 1987, l'engagement du service AC à

* Il s'agit d'un bref exposé tenu à Frick, le 24 août 1988, à l'occasion de l'exercice de l'état-major de conduite régionale de la défense du Fricktal.



Nationalrat Maximilian Reimann

l'occasione delle emissioni di radioattività consecutive alla catastrofe di Tchernobyl nel 1985 o ancora la siccità del 1979.

Du fait qu'en cas d'acceptation de l'initiative, l'armée devrait être graduellement supprimée dans un laps de 10 ans, elle deviendrait assez rapidement inapte à apporter son appui pour maî-

triser les conséquences des catastrophes à caractère naturel ou civil. La protection civile, qui n'est pas visée par l'initiative et continuerait d'exister, s'en trouverait affaiblie, au moins passagèrement. Mais ces difficultés pourraient être applanies à moyen terme grâce à des changements de disposition, à tout le moins dans les domaines

des transports, du service sanitaire ou de la subsistance en temps de paix.

Une protection civile diminuée de protection en temps de guerre

Mais la protection civile serait confrontée à des tâches beaucoup plus difficiles dans des situations de conflit ou de quasi-conflits. Mais si précisément la Suisse, qui a prouvé durant des siècles, qu'elle ne prendra les armes qu'au moment où il y a danger, devrait seule abolir son armée unilatéralement, cela pourrait amener assez rapidement les pays voisins à modifier leurs relations avec nous dans un sens peu agréable pour nous. La Suisse constituerait un vide militaire que tôt ou tard quelqu'un s'emploierait à combler. Ainsi qu'on le sait, un peuple sans défense n'est pas immunisé contre les agressions. Mais dans de telles situations la protection civile devrait accomplir sa tâche, malgré tout, et sans le bouclier protecteur de l'armée. Mais on peut affirmer en toute certitude qu'en très peu de temps, elle deviendrait un instrument docile entre les mains de la puissance occupante, qui l'utiliserait en priorité pour satisfaire ses propres intérêts, au détriment du peuple suisse. ▀

L'iniziativa per l'abolizione dell'esercito e la protezione civile

Il 12 settembre 1986 è stata presentata con 111 300 firme l'iniziativa per una Svizzera senza esercito.

L'iniziativa popolare parla espressamente di «esercito» e di «forze armate» e intende soltanto le truppe armate al-

state svolte dall'esercito, eccetto il compito di combattere? Queste domande vanno senz'altro esaminate con attenzione.

Debole aiuto in caso di catastrofe

L'esercito è una parte importante, ma non l'unica della nostra difesa integrata. I suoi compiti sono da un lato l'impedimento della guerra con la sua funzione deterrente e dall'altro il combattimento per la difesa militare in caso di attacco bellico. Inoltre l'esercito presta aiuto nel settore civile, ad esempio se l'ordine interno è soggetto a gravi disturbi che i mezzi di polizia non riescono più a fronteggiare. Oppure, cosa che sembra ancora più fare al caso nostro, appoggia la protezione civile nelle catastrofi di ogni tipo. Penso in particolare all'intervento delle truppe di protezione aerea, d'approvvigionamento, di trasporto, di sanità o degli elicotteri. Ricordo alcuni esempi recenti di interventi in favore della popolazione civile: danni dovuti al maltempo nei cantoni alpini nel 1987, intervento del servizio AC dopo la situazione di contaminazio-

ne di Tschernobyl del 1985, siccità del 1979.

Se l'iniziativa venisse accolta l'esercito dovrebbe essere smantellato entro dieci anni e quindi ben presto non potrebbe più nemmeno essere utilizzato per fronteggiare le catastrofi naturali o civili. Ne risulterebbe un indebolimento della protezione civile che non è toccata dall'iniziativa e continuerebbe quindi ad esistere. Si potrebbe avviare a questa lacuna con degli spostamenti nei settori trasporti, sanità o approvvigionamento in periodo di pace, almeno a media scadenza.

Una protezione civile priva di protezione in caso di guerra

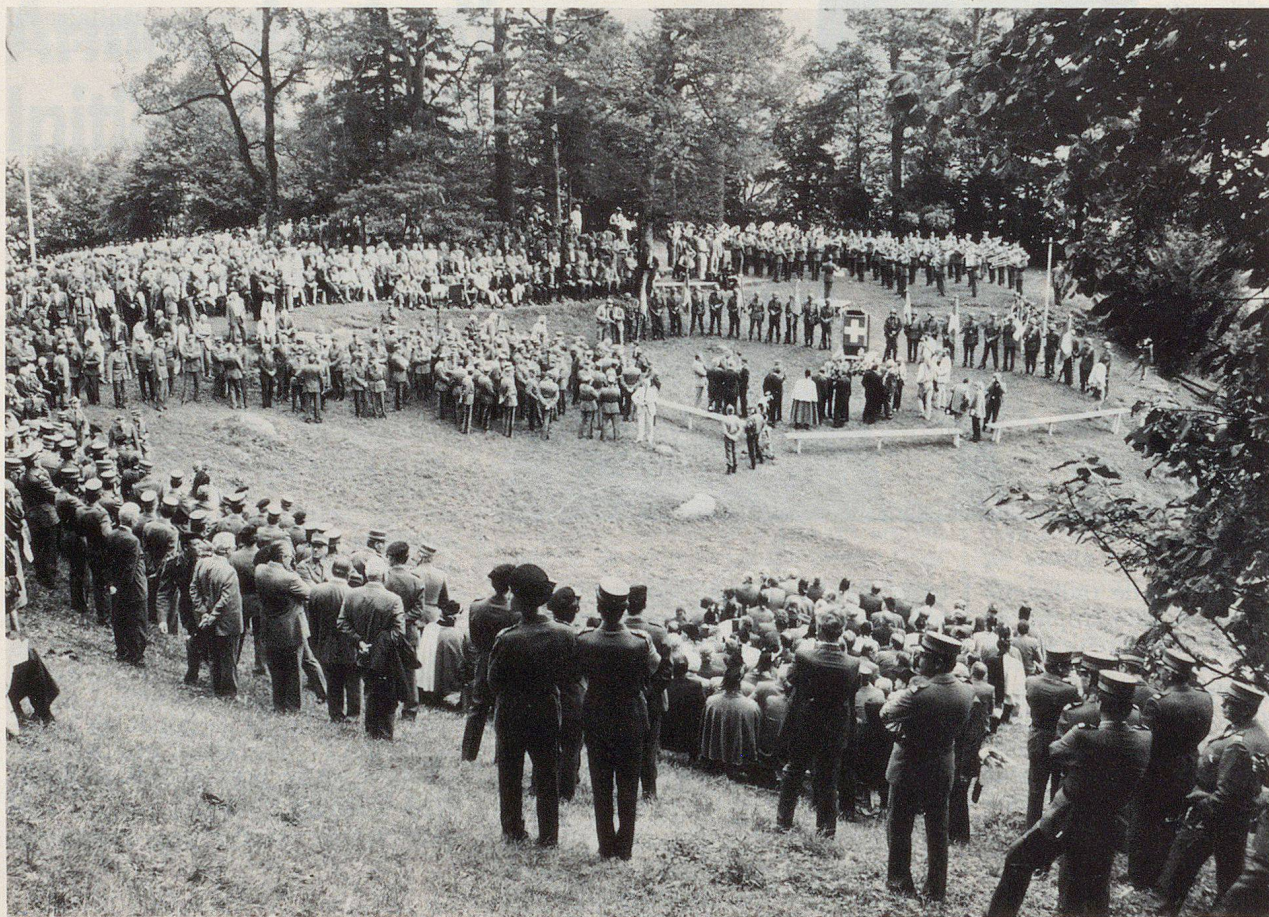
In caso di guerra o di situazione simile però la protezione civile si troverebbe di fronte a compiti molto più impegnativi. Se proprio la Svizzera, che per secoli ha dimostrato che ricorrerebbe alle armi solo in casi di estrema necessità, abolisse il suo esercito come unica nazione, i suoi rapporti con gli stati confinanti potrebbero peggiorare in un tempo relativamente breve. In Svizzera si produrrebbe un vuoto militare che prima o poi dovrebbe essere colmato in qualche modo. Un popolo senza difese non è certo immune dagli attacchi. In tali situazioni la protezione civile dovrebbe svolgere la sua funzione senza l'aiuto dell'esercito e sarebbe sicuramente in poco tempo assoggettato da una potenza occupante a detrimento del popolo svizzero e a favore degli interessi dell'occupante. ▀

Consigliere nazionale Maximilian Reimann, Gipf-Oberfrick*

l'interno della nostra politica di sicurezza. Ma che cosa può accadere alla protezione civile nel caso che questa iniziativa venga accolta?

Come istituzione della difesa integrata gerarchica e dotata di uniforme deve anch'essa condividere il destino dell'abolizione? Oppure nel caso di una «Svizzera senza esercito» non dovrebbe assumere delle funzioni che finora sono

* Breve relazione tenuta in occasione dell'esercizio di stato maggiore dello stato maggiore regionale «Difesa civile» del Fricktal del 24 agosto 1988 a Frick.



Der Gedenkakt auf der historischen Rütliwiese.

Die Rütli-Gedenkfeier vom 1. September 1989

Dank und Anerkennung

Als Höhepunkt der landesweiten Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag der Mobilmachung von 1939 trafen sich am 1. September 1200 geladene Gäste auf dem Rütli. Politische und militärische Prominenz erlebte gemeinsam mit Veteranen aus der Aktivdienstzeit und hoffnungsvollen jungen Menschen aus allen Landesteilen einen stimmungs-

Bildbericht Eduard Reinmann

und gehaltvollen Tag. «Wir feiern nicht den Beginn eines Krieges», betonte Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz in seiner Ansprache. «Wir feiern auch nicht die Erinnerung daran. Aber ein freies Land muss jenen gegenüber dankbar sein, die seine Freiheit und unsere Freiheit erhalten haben.»

In seinen weiteren Ausführungen dankte der Bundespräsident allen Schweizerinnen und Schweizern, welche sich vor 50 Jahren nicht bloss auf staatlichen Befehl hin, sondern aus eigenem Willen hatten mobilisieren lassen, um die Freiheit der Schweiz zu retten. Dabei sprach Jean-Pascal Delamuraz auch die Frauen an, die sich in



Die Veteranen Josef Walker aus Gurnellen (links) und Franz Betschart aus Altdorf hielten schon anlässlich General Guisans Rütli-Report Fahnenwache.

schwerer Zeit für die Familie, die Kinder, die Arbeit zu Hause und am Arbeitsplatz für den Fortgang der Wirtschaft hatten einsetzen müssen.

Weiter ging der Bundespräsident darauf ein, dass unser Land in diesem Jahrhundert vor kriegerischen Ereignissen verschont geblieben ist. Dieser Umstand verpflichtete, meinte Delamuraz. Gerade deshalb heute und in Zukunft weiterfahren, ihren Teil zur Errichtung und Erhaltung von Frieden in aktuellen Krisengebieten zu leisten. Ebenso sei weiterhin ein weltweiter Einsatz unseres Landes für die Respektierung der Menschenrechte notwendig.

Kameradschaft und Zusammengehörigkeit

Neben dem französisch sprechenden Bundespräsidenten traten an der Feier drei weitere Vertreter der übrigen Sprachregionen und der verschiedenen Generationen auf. Der Bündner Feldprediger Werner Form wies darauf hin, dass wir es bei allem menschlichen Einsatz einer höheren Macht zu danken hätten, dass die Schweiz vom Zweiten Weltkrieg verschont geblieben sei.

Der Aktivdienst-Veteran Ernst Herzig erinnerte daran, dass während des sechsjährigen «Kriegsverhinderungsdienstes» trotz allen Entbehrungen viele dauerhafte Freundschaften hätten aufgebaut werden können. Basis dafür sei das «Aufeinanderangewiesensein» gewesen. Herzig betonte den hohen



Aufstieg von der Schiffstation zur Rütliwiese.
Vorne Mitte Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz, rechts der Urner Landammann Carlo Dittli. Hinten links Bundes-Vizepräsident Arnold Koller, rechts Bundesrat Kaspar Villiger. Ganz hinten Mitte Nationalratspräsident Josef Iten.

Stellenwert, der dem Begriff «Kameradschaft» auch heute noch zukommt. Für die Schweizer Jugend sprach die Tessinerin Claudia Mombelli. Sie dankte der damaligen Generation und drückte die Hoffnung aus, eine Zukunft in Frieden und Ruhe für unser Land und die ganze Welt geniessen zu können. Sie kam auch auf die unterschiedlichen Lebensumstände zu sprechen. Während in unserem Land heute Wohlstand und Überfluss vorherrschen, habe man sich damals in allen Bereichen des Lebens einschränken müssen.

Per Schiff auf das Rütli

Die 1200 Gäste, unter ihnen nebst dem Bundespräsidenten die amtierenden Bundesräte Arnold Koller und Kaspar Villiger sowie die Altbundesräte Alphons Egli, Fritz Honegger, Ernst Brugger, Hans Hürlimann und Leon Schlumpf, besammelten sich am 1. September in Luzern und bestiegen dort die beiden Raddampfer «Schiller» und «Stadt Luzern». Nach der Fahrt über den glanzklaren See und der offiziellen Feier an historischer Stätte wurde der obligate Spatz serviert und verschiedene Formationen aus allen Landesteilen sorgten für Unterhaltung. ▢



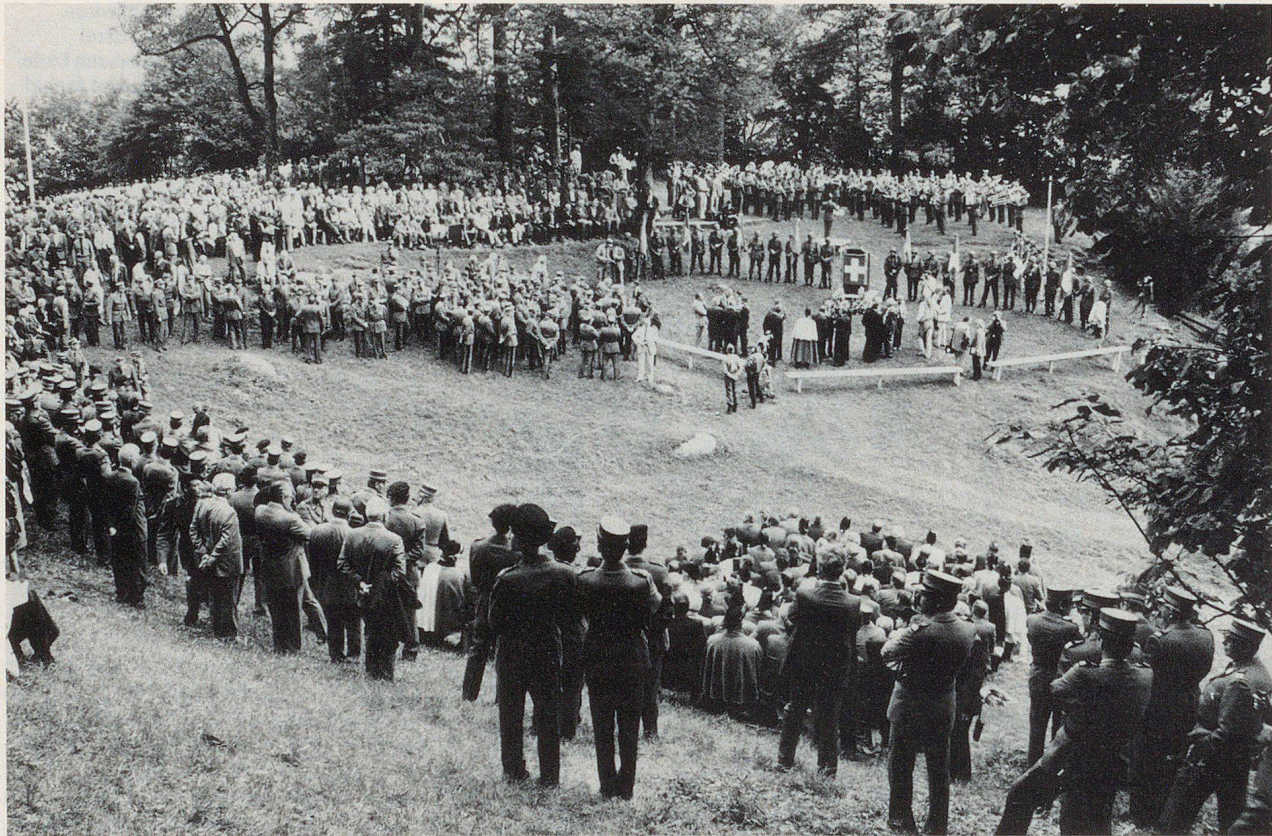
Delegationen der Kantonsregierungen, hohe Militärs und Rekruten während des Gedenkaktes.



Bundesräte, Altbundesräte und weitere Prominenz beim «Spatz» auf der Rütliwiese.



Frischer Gesang aus jungen Kehlen:
Der Jugendchor der Musikschule Schwyz.



La célébration du souvenir sur la plaine historique du Rütli.

Le 1^{er} septembre 1989, réunion commémorative sur la plaine du Rütli

Reconnaissance et gratitude

La fête du 1^{er} septembre au Rütli, où se sont réunis quelque 1200 invités, a constitué le point culminant des cérémonies commémoratives du cinquantième de la mobilisation générale de 1939. De très nombreuses personnalités politiques et militaires de haut rang y ont vécu, avec des vétérans du service

Rapport et photo: Edouard Reinmann

actif de l'époque et des jeunes pleins d'avenir, issus de tous les partis du pays, une journée émouvante et riche en souvenirs. «Nous ne fêtons pas le début d'une guerre, a déclaré le Président de la Confédération, Jean-Pascal Delamuraz, dans son discours, nous ne fêtons pas non plus son souvenir. Mais une nation libre se doit d'être reconnaissante à l'égard de ceux qui lui ont permis de conserver sa liberté, notre liberté!»

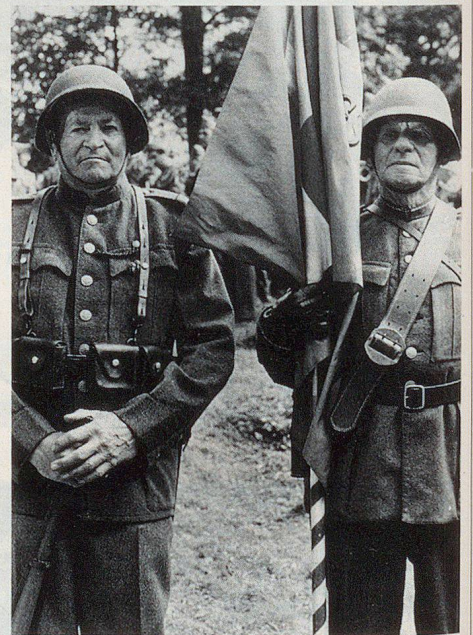
Dans son discours, le Président de la Confédération a encore adressé ses sentiments de gratitude à toutes les Suissesses et tous les Suisses qui, voici 50 ans, ne se sont pas contentés de suivre le mot d'ordre étatique mais se sont en outre mobilisés de leur propre chef pour sauvegarder la liberté de notre pays. A ce propos, Jean-Pascal Dela-

muraz a relevé les mérites des nombreuses femmes qui se sont fait un devoir de s'engager dans cette période troublée pour la famille, pour les enfants, et qui ont travaillé à la maison, à l'usine ou dans la ferme pour que continue à vivre notre économie.

Le Président de la Confédération a par ailleurs relevé qu'au cours de ce siècle, notre pays a été constamment épargné par les guerres. Cette protection, affirme Jean-Pascal Delamuraz, nous confère le devoir aujourd'hui précisément, et dans le futur, de continuer à apporter notre contribution à l'établissement et au maintien de la paix dans les régions où règne actuellement la guerre. De même, notre pays doit continuer à tout mettre en œuvre pour faire respecter les droits de l'homme dans le monde entier.

Camaraderie et solidarité

Outre les paroles prononcées en langue française par le Président de la Confédération, trois autres orateurs se sont exprimés durant la fête, ils représentaient les autres régions linguistiques et les diverses générations de notre pays. Le pasteur grison Werner Form a souligné que l'engagement humain avait été certes total, mais qu'il n'en



Les vétérans Josef Walker de Gurtellen (à gauche) et Franz Betschart d'Aldorf (à droite) avaient déjà la garde du drapeau lors du rapport du Général Guisan, au Rütli.

fallait pas moins adresser notre gratitude à la puissance divine, qui a fait que la Suisse soit épargnée lors des deux guerres mondiales.

Ernst Herzig, vétéran du service actif, a rappelé que durant les six années de «service de dissuasion», par delà les privations, des amitiés solides et durables ont pu se nouer et se consolider, grâce au «sentiment de dépendance



La montée au Rütli, depuis le débarcadère. Devant, au milieu, le Président de la Confédération Jean-Pascal Delamuraz. Plus en arrière, à gauche, le Vice-président Arnold Koller et à droite, le Conseiller fédéral Kaspar Villiger. Tout derrière, au milieu, Josef Iten, Président du Conseil National.

commune et de solidarité». Ernest Herzig a insisté sur la valeur et l'importance que revêt aujourd'hui encore la notion de «camaraderie».

C'est à la Tessinoise Claudia Mombelli qu'il incombait de s'exprimer au nom de la jeunesse suisse. Elle remercia les générations d'alors et exprima l'espoir que notre pays et le monde entier puisse jouir d'un avenir fait de paix et de tranquillité. Elle parla également des conditions de vie différentes de l'époque. Alors que notre pays jouit aujourd'hui du bien-être et vit dans la surabondance, à l'époque, tout un chacun a été contraint de se restreindre dans tous les secteurs de l'existence.

En bateau jusqu'au Rütli

Les 1200 invités, parmi lesquels figuraient, outre le Président de la Confédération, Arnold Koller et Kaspar Villiger, Conseillers fédéraux en fonction, ainsi que Alphons Egli, Fritz Honegger, Ernst Brugger, Hans Hürlimann et Léon Schlumpf, anciens Conseillers fédéraux, se sont rassemblés à Lucerne pour s'embarquer sur deux bateaux à vapeur munis de roues à aubes, le «Schiller» et le «Stadt Luzern». Après un voyage sur le lac éclatant de soleil et les célébrations officielles sur les lieux historiques du Rütli, les invités se mirent à table, en plein air pour l'inévitable «pot-au-feu» militaire coutumier, cependant que des groupes et formations diverses issus de tous les coins du pays se mettaient en devoir de présenter des productions. ▲

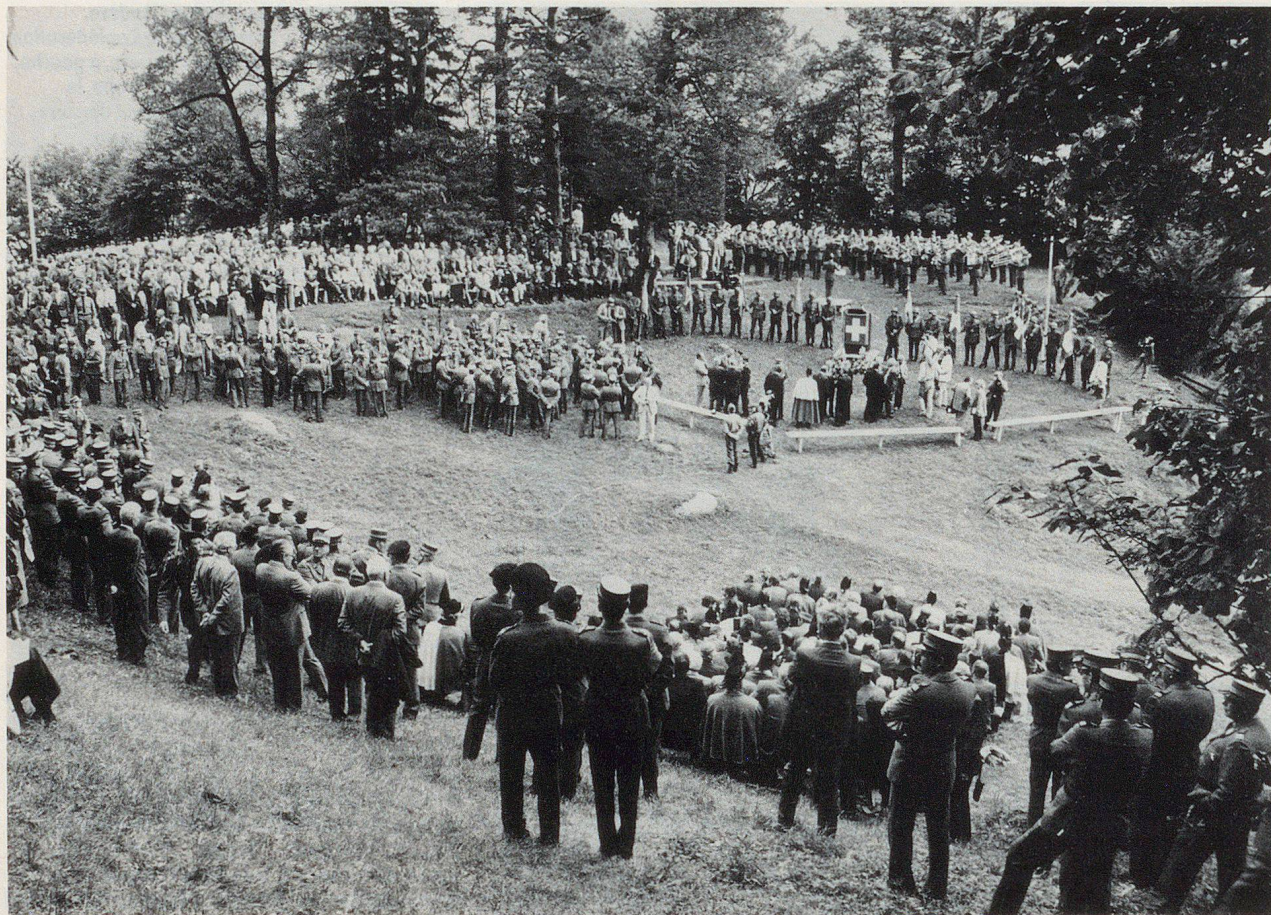
Les délégations des gouvernements cantonaux, les hauts gradés de l'armée et les recrues, durant la célébration du souvenir.



Conseillers fédéraux, anciens Conseillers fédéraux et personnalités de haut rang lors du pot-au-feu militaire sur la plaine du Rütli.



Des chants revigorants et des voix jeunes: le chœur des jeunes de l'école de musique de Schwyz.



La cerimonia commemorativa sull'altura del Rütli.

La cerimonia di commemorazione sul Rütli del 1° settembre 1989

Riconoscenza e ringraziamento

Le cerimonie commemorative in occasione del 50° anniversario della mobilitazione del 1939 sono culminate con quella del 1° settembre sul Rütli alla quale erano invitati 1200 ospiti. Personalità politiche e militari hanno trascorso una giornata molto significativa insieme a veterani del servizio attivo e giovani pieni di speranze provenienti da tutte le parti della Svizzera. Nel suo discorso il presidente della Confedera-

Articolo e foto di Eduard Reirmann

zione Jean-Pascal Delamuraz ha affermato: «Non festeggiamo l'inizio di una guerra, e nemmeno il ricordo di questa, ma un paese libero deve essere riconoscente a coloro che hanno contribuito a mantenere la sua e la nostra libertà.»

Continuando il suo discorso, il presidente della Confederazione ha ringraziato tutte le svizzere e gli svizzeri che 50 anni fa hanno partecipato alla mobilitazione non solo per ordine dello Stato, ma di propria volontà per salvare la libertà della Svizzera. Così dicendo Jean-Pascal Delamuraz si è riferito anche alle donne che in quel momento



I veterani Josef Walker di Gurtellen (a sinistra) e Franz Betschart di Altdorf erano portabandiera già durante il rapporto sul Rütli del generale Guisan.

difficile si sono sacrificate per la famiglia, i figli, il lavoro a casa e nelle fabbriche per garantire la sopravvivenza dell'economia.

Il presidente della Confederazione ha anche ricordato che il nostro paese in questo secolo è rimasto risparmiato dai conflitti bellici e questo è un dato di fatto importantissimo che ci impegna a continuare così anche in futuro, per dare il nostro contributo al mantenimento della pace nelle attuali regioni in cui c'è pericolo di crisi. Allo stesso modo è indispensabile un grande impegno del nostro paese per il rispetto dei diritti dell'uomo.

Spirito di collaborazione cameratismo

Oltre al presidente della Confederazione, di lingua francese, durante la cerimonia hanno parlato altri tre rappresentanti delle altre regioni linguistiche e delle diverse generazioni. Il cappellano grigionese Werner Form ha ricordato che, oltre all'impegno umano, bisogna ringraziare un potere superiore della Svizzera è stata risparmiata dalla Seconda Guerra mondiale.

Il veterano del servizio attivo Ernst



La salita dall'arrivo del battello all'altura del Rütli. Davanti, al centro, il presidente della Confederazione, Jean-Pascal Delamuraz, a destra il presidente del cantone di Uri, Carlo Dittli. Dietro, a sinistra, il vicepresidente della Confederazione, Arnold Koller, a destra il consigliere federale Kaspar Villiger. Ancora più dietro, al centro, il presidente del Consiglio nazionale, Josef Iten.

Herzig ha ricordato che durante i sei anni del «servizio per impedire la guerra» malgrado tutte le privazioni sono state costruite tante amicizie durature, che avevano alla base questo «affiatamento». Herzig ha sottolineato il valore particolare che ancora oggi ha il concetto di «spirito di cameratismo».

A nome della gioventù svizzera ha parlato la ticinese Claudia Mombelli che ha ringraziato la generazione dei veterani ed ha espresso la speranza di poter vivere un futuro di pace e di tranquillità per il nostro paese e per tutto il mondo. Ha anche parlato delle condizioni di vita del tutto diverse: mentre oggi viviamo nel benessere e nella prosperità, all'epoca del servizio attivo ci si è dovuti accontentare e limitare in ogni settore.

In battello sul Rütli

I 1200 ospiti, tra cui il presidente della Confederazione e gli attuali consiglieri federali Arnold Koller e Kaspar Villiger nonché gli ex-consiglieri federali Alphons Egli, Fritz Honegger, Ernst Brugger, Hans Hürlimann e Leon Schlumpf, si sono ritrovati il 1° settembre a Lucerna e lì sono saliti sui due battelli «Schiller» e «Città di Lucerna» e dopo il giro sul lago e la cerimonia ufficiale è stato servito il pranzo tipico di queste occasioni. ▲

Delegazioni dei governi cantonali, alti militari e reclute durante la cerimonia.



Consiglieri federali vecchi e nuovi e altre personalità durante il pranzo sull'altura del Rütli.



Il coro dei giovani della scuola di musica di Svitto durante la sua esibizione.